

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Beierlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für einen Monat 5.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf., — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18888. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorbehalt 2.30 M.; Familienanzeigen für die Seite 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Für die russischen Brüder!

Riesendemonstration in Berlin.

Der Protest der Berliner revolutionären Proletarier gegen den Erbvertrags-Vorstoß.

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Demonstration für Sowjetrußland, die die USV, und RPD, gestern gemeinsam veranstalteten, nahm einen imponierenden Verlauf. Die Arbeiter der großen Betriebe rückten in geschlossenen Märschen in großer Zahl von allen Seiten an. Der Vorwärts hebt hervor, daß die Demonstration gut organisiert, programmäßig durchgeführt und in musterhafter Ordnung verlief; die überregionale Presse betont die innere Geschlossenheit der Demonstration. Um 5 Uhr war der ganze Lustgarten, d. h. der Raum zwischen Schloss und Museum, zwischen Dom und Säge von einer nach Zehntausenden zählenden dichtgedrängten Menge gefüllt. 5.10 Uhr ertönte ein Trompetensignal, das Zeichen des Beginns zum Marsch. Die Redner sprachen alle nur eine halbe Stunde. 5.40 Uhr verläutete ein Trompetensignal den Schluss der Demonstration. In ungebrochener Ordnung, wie sie geübt waren, rückten die Demonstranten in geschlossenen Märschen ab. Der Eingriff der Ordnung, die in großer Zahl zur Stelle waren, beherrschte es kaum, die Ordnung wurde durch den einheitlichen Willen der Massen ohne Störung aufrechterhalten.

Die Reichsliste der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am 11. Mai tagte in Berlin eine gemeinsame Sitzung der leitenden Generalkörper der USV, Zentralkomitee, Bezirks- und Kreisvereine, mit den Vertretern der Bezirke aus dem Reich. In der Sitzung wurde die Reichsliste der Partei für die Reichstagswahl angesetzt, wobei die Vorschläge der Bezirke und sonstigen proletarischen Organisationen als Unterlage dienen. Die Liste weist folgende Namen auf: 1. Toni Sender, Frankfurt; 2. Wilhelm Dittmann, Berlin; 3. Bruno, Eisenbahner, Frankfurt; 4. Dr. Paul Herz, Berlin; 5. Dr. Kurt Geyer, Leipzig; 6. Hans Mittwisch, Mühlberg; 7. Dr. Josef Herfeld, Berlin; 8. Medaillen, P. A. H., Pflaun; 9. Dr. Julius Rose, Berlin; 10. Frida Duff, Berlin; 11. Paul Sauerberg, Bremen; 12. Berthel, Berlin; 13. Rosemann, Bergarbeiter, Essen; 14. Otto Brunschardt, Chemnitz; 15. Hans Kleinert, Hannover; 16. Gendemann, Mühlberg; 17. Linde, Mühlberg; 18. Heinrich Dittmann, Frankfurt; 19. Emil Mann, Berlin; 20. Ludwig Ernst, Berlin; 21. August Wesseler, Braunschweig; 22. Brandt, Bergarbeiter; 23. Ernst, Reichsbahn, Mühlberg; 24. Braunwald, Eisenbahner, Frankfurt a. M.

Die Organisationsleitungen der USV, in den einzelnen Wahlbezirken müssen bis spätestens am 27. Mai der Reichswahlleitung mitteilen, daß die Kandidatenliste ihres Bezirkes an die Reichsliste Sender-Dittmann angehängt werden soll, sonst gehen die Bestimmungen der Bezirke verloren.

Eine neue Auslieferungsliste.

Berlin, 12. Mai. (Z. V.) Die Gemeldeten hat die Entente der deutschen Regierung eine weitere Liste angehängt. Diese Liste enthält 46 Personen, darunter v. Bälow, Führer der 2. deutschen Armee, v. Below, General bei der 5. Brigade der 3. Garde-Division, Freyberg, v. Langemann, Generalmajor, Kommandeur der Brigade des 1. und 2. Garde-Regiments, Prinz Ernst von Sachsen, v. Arnault de la Perrière, Kommandant von „U. 58“ (Zorpediererei der italienischen Schiffe „Stena“, „Doria“ und „Alba“), Paglia, Kommando Oberleitung zur See, Kommandant von „U. 56“ (Zorpediererei des englischen Hospitalschiffes „Laudowen Castle“), Reumann, Karl, Oberleitnant zur See, Kommandant von „U. 67“ (Zorpediererei des englischen Hospitalschiffes „Dover Castle“), Werner, Wilhelm, Kapitänleutnant (Zorpediererei des englischen Hospitalschiffes „Lothringen“).

Deutschland verlangt die Räumung Frankfurts.

München, 11. Mai. (Z. V.) Reichswehrminister Dr. Gheiler erklärte dem Berliner Mitarbeiter der Münchener Neuesten Nachrichten, daß vom 10. Mai an nur noch die vorgeschriebene Zahl von 20 Bataillonen, 10 Schwadronen und 2 Bataillonen in der neutralen Zone stehen. Es werde nunmehr umgesehen von der Entente die Räumung Frankfurts und der übrigen Orte verlangt werden.

Der türkische Friedensvertrag.

Paris, 11. Mai. Der türkische Friedensvertrag ist heute nachmittags am Quai d'Orsay den türkischen Delegierten überreicht worden. Er besteht aus 18 Teilen. Der erste Teil behandelt den Waffenstillstand. Der zweite legt die neuen Grenzen der Türkei in Europa und Asien fest. Der dritte Teil besteht aus 15 Kapiteln bestehende dritte Teil zwingt die Türkei, die bestehenden Veränderungen, die in Europa und Asien getroffen worden sind und noch getroffen werden können, anzuerkennen. Er enthält eine Spezialkonvention für die Meerengen, für die Autonomie und ev. die Unabhängigkeit von Kurdistan und Kassa-

ein Sonderregime für die Stadt und den Bezirk von Smyrna. Er verlangt ferner die Anerkennung der beiden neuen Staaten Gedhas und Kementen und die vorläufige Anerkennung von Syrien und Mesopotamien als unabhängige Staaten. Der dritte Teil verlangt auch von der Türkei die Anerkennung der durch den Krieg in Ägypten, dem Sudan, Jopern und auf den Inseln des Ägäischen Meeres geschaffenen Lage, ferner die Anerkennung des französischen Protektorats über Marokko und Tunis. Der vierte Teil beschäftigt sich mit dem Schutze der Minderheiten in der Türkei sowie mit der Wiedereingehung für die während des Krieges verursachten Schäden. Der fünfte Teil enthält die militärischen und maritimen Klauseln und bestimmt, daß die obligatorische Dienstpflicht in der Türkei abgeschafft wird. In den Meerengen müssen die Festungen geschleift werden. Außerdem können Frankreich, England und Italien See-Streitkräfte sowie militärische und Luft-Streitkräfte dort unterhalten. Die anderen Teile behandeln u. a. die internationale Kasernenkontrolle, die Kontrolle über die Flußschiffahrt und über das Eisenbahnwesen, beschäftigen sich aber auch mit dem etwaigen Eintritt Rußlands zu den kontrahierenden Staaten.

II. Frankfurt a. M., 12. Mai. Aus dem türkischen Friedensvertrag lassen sich noch folgende beachtenswerte Einzelheiten nachtragen: In den Meerengen werden die Befestigungen der Dardanellen und des Bosporus geschleift. Die Türkei werde keine Batterien, keine Torpedos, keine Unterseeminen und keine Unterseeboote besitzen dürfen. Eine internationale Kontrollkommission, eine internationale Militärkommission und eine internationale ständige Garnison werden die Meerengen überwachen. Die Türkei wird eine Armee von 50 000 Mann, die sich aus Freiwilligen mit einjähriger Dienstzeit rekrutiert, behalten können, dagegen darf sie keine Flotte haben.

Ungarn und der Friedensvertrag.

In der ungarischen Nationalversammlung sagte der Minister des Auswärtigen, Teleki, am Schluß einer längeren Rede sein Urteil über den Friedensvertrag in folgenden Sätzen zusammen: Der Friedensvertrag ist schlecht, sehr schlecht; der hollische Ton, in dem er überreicht wurde, ändert daran nichts. Die gegenwärtige Generation ist unglücklich. In manchen ist sogar der verzweifelte Gedanke aufgetaucht, daß vielleicht eine völlige Aufteilung besser wäre: Woher das Schicksal Polens! Das darf aber nicht geschehen. Ungarn steht nicht um sein Leben, sondern ist vom Willen zum Leben durchdrungen. — Auf Vorschlag des Ministers wird sich zunächst der Ausschuss für Neudruck mit dem Friedensvertrage beschäftigen. Parallel damit wird die Friedensdelegation die Antwort an den Obersten Rat feststellen. Das Parlament selbst wird sich mit dem Friedensvertrage erst beschäftigen, wenn es durch die noch vorzunehmenden Wahlen ergänzt sein wird.

Unterzeichnung unter Protest.

Budapest, 11. Mai. (Z. V.) Es bestätigt sich, daß Ungarn unter dem Zwange der Verhältnisse sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrages entschließen müssen. Die Unterzeichnung wird jedoch unter Protest erfolgen. Keinesfalls werden die Mitglieder der Friedensdelegation unter dem Vertrag ihre Unterschriften setzen, sondern ein Beamter wird den Auftrag erhalten, unter Befehl einer Protestkundgebung die Unterzeichnung vorzunehmen.

Beendigung des polnischen Streiks in Oberschlesien.

Duppeln, 12. Mai. (Z. V.) Die polnischen Gewerkschaften erlassen einen Aufruf, die Arbeit in Oberschlesien heute früh wieder aufzunehmen.

Allgemeine deutsche Vereinigung in Oberschlesien.

Duppeln. Sämtliche politischen Parteien, einschließlich der Unabhängigen, ferner die freien und die christlichen Gewerkschaften, die Angestelltenverbände und die Organisationen der Kriegsschadigten und Kriegsteilnehmer, haben sich zu einer Kreisgruppe des deutschen Abstammungskomitees zusammengeschlossen.

Bauernaufstand in Weichruthenien.

Kopenhagen, 11. Mai. (Z. V.) Das hiesige Weichruthenische Pressebureau meldet: Nach den letzten Nachrichten ist in Weichruthenien ein Bauernaufstand ausgebrochen, der namentlich im Gouvernement Minsk verbreitet ist. Die Bauern erheben sich gegen die polnischen Ausbeuter und gegen die polnische Gendarmerie. Viele Gutsherrn sind geflüchtet. Das polnische Militär unterdrückt den Aufstand mit grausamen Mitteln; u. a. vernichtete polnische Artillerie drei Dörfer. Dieser Bauernaufstand ist nicht auf bolschewistische Obern zurückzuführen; er ist ein Protest gegen die Politik, die die Polen im besetzten Gebiet von Weichruthenien geübt haben.

Die Partei der Koalitionspolitik

W. O. Herr Scheidemann hat auf der Reichskonferenz der SPD in Berlin für die Wahlen dieselbe Parole ausgegeben, die er vor Monaten als gewählter Demagoge in Oppositionstellung der Regierung Bauer zugerufen hatte: Gemeinsame Front des geeinigten Proletariats gegen rechts. Wenn auch Herr Scheidemann kein Politiker ist, so ist er doch von jeher ein geschickter Taktiker gewesen, und wenn seine Parteifreunde damals Herrn Noke folgten und den Kasseler Oberbürgermeister in seiner Opposition last abfallen ließen, so haben sie nun inzwischen begriffen, worauf seine Taktik hinauslief und was er für die Wahlen plante. Die Führung innerhalb der rechtssozialistischen Partei ist seit der Reichskonferenz wieder bei Herrn Scheidemann, nachdem die Noke-Gruppe dem deutschen Volke und der Partei den 18. März besetzt hat. Mit Herrn Noke konnte man keine Wahlen mehr in Deutschland machen, das begriffen nunmehr alle. Deshalb stimmten sie für die Formel: Front gegen rechts — mit gewaltiger Mehrheit. Es gelang Herrn Scheidemann aber, auch seinen taktisch weniger gewählten Parteigenossen klarzumachen, was er mit der Formel vom geeinigten Proletariat wollte.

Die Koalitionspolitik war als Wahlparole unmöglich. Der Reichskanzler Müller selbst erklärte mit erfreulicher Offenheit: Koalitionspolitik ist keine Wahlparole. Also nicht etwa aus prinzipiellen Gründen, nicht etwa aus neuer Erkenntnis heraus, daß die Koalitionspolitik das deutsche Volk nur weiter ins Unglück geführt hat, daß die Sozialdemokratie hinterleben, die revolutionäre Entwicklung aufschaltet hat, nicht aus dieser Befürchtung heraus wendet die Partei sich von der Koalitionspolitik ab, sondern nur um der Wahlparole willen. Ein taktisches Manöver, das die Wähler alle rechtzeitig erkennen sollten, durch das Herr Scheidemann selbst mit Hilfe des Herrn Reichskanzlers niemals irreführen wird.

Es ist noch nicht allzu lange her, noch nach den Tagen des Kapp-Putsch, da war man sich in der sozialdemokratischen Partei noch nicht im geringsten darüber klar, ob man nicht die Wahlen unter der Parole der Koalitionspolitik würde durchführen können. Zwar war die Stimmung in der eigenen Wählerchaft, in den Reihen der eigenen Partei seit dem Austritt des Systems Noke bedenklich ins Schwanken geraten, aber die Unentwegten: Ebert und Bauer — hätten doch gar zu gern an der Koalitionspolitik festgehalten. Es ist nicht ihre Schuld, daß sie in die Wahlen nicht mit der Parole gegangen sind; für die Koalition und gegen den Sozialismus! Nicht die Sozialdemokratie, sondern das Zentrum hat für die Wahlen die Koalition vorschlagen. Der Abgeordnete Trimborn war es, der bei der Diskussion über die Vorgänge im Ruhrgebiet eine Rede hielt, nach der jedes Zusammengehen der Sozialdemokraten mit dem Zentrum bei den Wahlen unmöglich geworden war. Damit war die Hoffnung auf die besprochenen Koalitionswahlen aus. Wenn die sozialdemokratische Partei nicht allein auf weiter Flur stehen wollte, so blieb der Reichskonferenz nichts übrig, als der innerlich unwahren Wahlparole Scheidemanns für das geeinigte Proletariat zu folgen. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Wahlparole ist schon genügend dadurch gekennzeichnet, daß ein Mann wie Scheidemann sie erfaßt, der noch vor einem Jahre, als er sich und seine Politik unbeschreiblich gläubig, hochschätzend den Schrei der Massen nach Einigung des Proletariats mit anhörte. Wie die Deutschenationalen plötzlich ihre alten Wahlparolen: Für Monarchie, Revolutionskrieg, gegen Frauenwahlrecht, für Klassenwahlrecht, für Arbeiterrechte, gegen Koalitionspolitik, in ihrem neuen Wahlausruf vergessen machen wollen, so will die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei vergessen machen, daß sie mit ihrer Koalitionspolitik die Einigung des Proletariats verhindert hat, daß sie durch die Koalitionen an die kapitalistischen Koalitionsgenossen den Sozialismus und die Revolution boykottiert hat. Aber, so wenig die deutsche Arbeiterchaft sich über das wahre Wesen der Deutschenationalen täuschen lassen wird, so wenig wird sie sich durch Herrn Scheidemanns Wahlparolen über den wahren Geist der sozialdemokratischen Partei täuschen lassen.

Die Reichskonferenz und mit ihr, also die sozialdemokratische Partei haben sich nicht zu einer offenen Waise an die Koalitionspolitik entschließen können. Um ihre Wahlparole, von der Einigkeit des Proletariats brauchen wir uns nicht zu kümmern. Sie ist nicht tragend, unschlüssig und wird nicht tragend bleiben, sofern sie nicht die Probe bestand, die allein in der völligen Waise an die Koalitionspolitik gegeben ist. Diese Waise aber hat die Reichskonferenz nicht ausgesprochen. Diese Waise wird auch kein sozialdemokratischer Kandidat aussprechen. Im Gegenteil, fast alle Stimmen auf der Reichskonferenz haben sich letzten Endes für die Befestigung der Koalitionspolitik ausgesprochen. Herr Scheidemann hat auf diese Waise erklärt, er setze nicht den Schwur, in die Opposition zu gehen, wenn die sozialistische Mehrheit nicht errungen würde. Die Frage, die vor den Wahlen ehrlich beantwortet werden müßte, war

Der Oberste Rat zur deutsch-polnischen Grenzfrage.

Kopenhagen, 11. Mai. (Z.-M.) Der Pariser Korrespondent der Politiken berichtet: Am französischen Ministerium des Auswärtigen habe man im Besonderen den endgültigen Beschluß des Obersten Rates über die Grenzfrage der Abklärung in den beiden letztgenannten Punkten nicht wesentlich abzuweichen. Die Ansicht der neuen dänischen Regierung werde gehört werden, aber die Entscheidung sei bereits mit der Abklärung gefallen.

Die Lage im Osten.

Nach Berichten aus Stockholm macht Polen große Anstrengungen, um die letzten Verhandlungen dazu zu bewegen, daß Vordringen Polens gegen Sowjetrußland zu unterbinden. Die polnischen Gesandten in Kiew und Warschau haben deshalb Verhandlungen mit den beteiligten Außenministern begonnen. Nach Warschau wird ein besonderer diplomatischer Vertreter entsandt werden. Es wird gemeldet, daß die Abklärung der Stadt Kiew durch die Sowjetrußland einen gewissen Eindruck auf die Verhandlungen gemacht hat, doch bleibt es immerhin fraglich, ob sie sich angesichts ihrer früheren Belagerung zu einer Änderung ihrer vorläufigen Politik gegenüber Rußland entschließen werden.

Der äußerst zweifelhafte Wert des zwischen der polnischen Regierung und dem ukrainischen Vorkämpfer Petljura als Vertreter der Ukraine abgeschlossenen Vertrages wird durch eine Meldung aus Wien beleuchtet. Danach hat der ukrainische Nationalist Petljura mitteilt, daß er Petljura nach Abschluß dieses Vertrages nicht mehr als Vertreter des ukrainischen Volkes anerkenne. Zu seinem Nachfolger wurde General Pawlenko bestellt, der auf dem Boden des unabhängigen ukrainischen Nationalstaats steht und im Besitz der tatsächlichen Macht im Lande ist. Petljura will nun in Wien eine neue ukrainische „Regierung“ bilden.

Frankreich haben die Friedensverhandlungen zwischen Litauen und Sowjetrußland begonnen. Es ist eine Unterkommission eingesetzt worden, die Vorschläge über die Grenzfrage ausarbeiten soll. Ferner hat die russische Regierung nach einer Meldung der litauischen Telegramm-Agentur aus Moskau durch die Sowjetdelegation für den Akt der Unabhängigkeitserklärung Litauens folgende Forderungen vorgetragen, die von der litauischen Delegation zurückgewiesen worden sind: Weiter dem von Sowjetrußland proklamierten Selbstbestimmungsrecht der Völker und getreu der Forderung von der vom russischen Parlament beschlossenen imperialistischen Politik, welche die Unterwerfung Litauens durch Rußland zur Folge hatte, erkennt Sowjetrußland die Freiheit und Unabhängigkeit des litauischen Volkes an und entsagt auf ewig allen Souveränitätsrechten, die Rußland über das litauische Volk und Gebiet gehabt hat. Aus der früheren Unabhängigkeit Litauens in Rußland leitet Rußland die Forderungen ab.

Der Gegensatz Sowjetrußlands.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Stockholm: Wie vier von uns unterrichtet, seit offiziell wird, wurde die polnische Öffentlichkeit gegen Sowjetrußland in Rußland seit längerer Zeit erwartet. Ueberhaupt ist man nur von der Haltung der englischen Regierung, die früher gegen eine solche Offensive war und sie jetzt durch ihre Unterstützung überhaupt erst ermöglicht hat. England wird als eigentümlich-treibende Kraft angesehen. Die Sowjetregierung ist deshalb nicht sofort zu einer Gegenaktion im Kaukasus schritten, indem sie im Kaukasuszentrum dazu die längst vorbereitete, aber wegen der Verhandlungen mit England aufgeschobene Proklamation einer Militärkoalition vorträgt und Sowjetrußland einlädt. Rußland ist entschlossen, zunächst das ganze Kaukasusgebiet in seine Gewalt zu bringen. In der polnischen Front wird man sich zunächst auf die Defensivbeschränkung. In Rußland, der schon längerer Zeit der Obersten Militärregierung war, wurde mit der Ausarbeitung eines Plans für die Kasanoffensiv besetzt; er wird voraussichtlich zum Chef des Generalstabs mit weitestgehenden Vollmachten ernannt werden. Man rechnet mit einem langsamen Vorgehen, dessen Anfang jedoch als ebenso rasch wie die Mobilisierung der Armeen der Türkei und Dänemarks angesehen wird. Ein Teil der Moskauer Garnison ist an die polnische Front abzurufen.

Politische Kräfte in Finnland.

Nach einem Telegramm der Berliner Tageblatt meldet aus Helsinki: Ford ist dort eine politische Krise bevor. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtags bitten den Landtagspräsidenten Kallio zum Abtritt voranzutreiben und drohen, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und darauf ein neues Ministerium aus Sozialdemokraten und Radikalen zu bilden. Bei der Abstimmung über den neuen Präsidenten erhielt der liberale Kandidat St. der Sozialdemokraten 72 und das Mitglied der schwedischen Partei 19 Stimmen. Der Landtag vertagte sich darauf bis zum 14. Mai.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Das offizielle Havas-Bureau verbreitet wieder eine Meldung, nach der die Arbeiter angeblich in größerem Umfang die Arbeit wieder aufnehmen. In Paris sei der Transportverkehr mit Ausnahme der Freiwilligen normal gelaufen. Die gleichzeitigen Berichte über die Verhaftung von Streikenden wegen Verletzung der Arbeitsfreiheit beweist jedoch, daß man auch im Pariser Verkehrsnetz noch mit großem Widerstand der Streikenden zu rechnen hat. Insbesondere beschäftigen aber die Meldungen über die Verhaftung von Streikenden den allgemeinen Arbeiterverband voranzutreiben; die Wichtigkeit der Nachrichten über die ungeduldeten Kräfte der Bewegung über die Einzelheiten unterrichten folgende Meldungen:

Drohende Auslösung der G. S. T.

Wien, 12. Mai. (Z.-M.) Aus Paris wird gemeldet, daß sich die französischen Arbeiter am Dienstagvormittag unter dem Vorwand von Versammlung versammelt hatten. Der Ausschuss wurde aufgelöst, gegen die Confederation generale du Travail eine Untersuchung eingeleitet, um dieselbe gemäß dem Gesetz von 1884, das Syndikate und Vereinigungen auszuheben, die die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen verweigern, anzuklagen.

In der Kammer hat der Abg. Jean Dauterle eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, welche Mittel sie anwenden wolle, um den fortwährend revolutionären Angriffen des allgemeinen Arbeiterverbandes (G. S. T.) gegen die Nation ein Ende zu machen.

Weitere Ausdehnung des Streiks.

Paris, 11. Mai. Havas meldet aus Marseille, daß auch dort die Metzler, Bau- und Eisenarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben. In Nancy hat die Metallarbeiter in den Ausnahmestellen den Streik abgelehnt. In Orléans hat die Zentralverwaltung der Eisenwerke den Streik abgelehnt. In Orléans hat die Zentralverwaltung der Eisenwerke den Streik abgelehnt. In Orléans hat die Zentralverwaltung der Eisenwerke den Streik abgelehnt.

Der Aufstand in Mexiko.

Ueber die revolutionäre Bewegung in Mexiko liegen heute die folgenden Meldungen des mexikanischen Bureaus vor: Nach Mitteilung des Generals Obregon an Huerta haben die amerikanischen Kämpfer die Stadt Cuernavaca zerstört. Obregon ver-

fügt, daß Murguía vor seiner Flucht aus der Stadt Mexiko die Militärgefangenen habe niedermetzeln lassen, gibt die Einnahme von Puebla bekannt und erklärt, daß weitere Staaten sich der Revolution angeschlossen hätten. — Die Kampfstadt Mexiko ist ruhig. Wasserwerke, Licht- und Kraftstationen arbeiten. General Treviño ist zum Kommandanten ernannt worden. — Nach den Zeitungen der Stadt Mexiko ist Carranza zusammen mit dem ehemaligen mexikanischen Gesandten in Washington, Bonillas, durch die eigenen Truppen gefangen genommen worden. — Bei Oaxaca in Oaxaca ist die Nachricht eingetroffen, daß die mexikanische Stadt Tampico sich dem General Obregon ergeben hat. — Auch die Städte Saltillo und Monterrey sind von den Kämpfern eingenommen worden. Die Truppen der Vereinigten Staaten an der Grenze von Texas sind mobilisiert worden.

Erordnung politischer Gefangener in Mexiko.

Amsterdam, 10. Mai. Eine Neuvermeldung aus El Paso besagt, General Murguía, der Kommandant der Stadt Mexiko, habe vor der Abreise zahlreiche politische Gefangene, darunter fünfzehn Generale, im Militärgefängnis von Santiago niedermetzeln lassen.

Ein türkisch-russisches Militärabkommen?

Aus Paris kommt die folgende Meldung, die mit Vorsicht aufzunehmen ist, weshalb wir sie unter allen Vorbehalten wiedergeben: Die Väter von Tiflis enthalten nach dem Tode von Tiflis ein türkisch-russisches Militärabkommen zwischen der russischen Regierung und der türkischen nationalen Organisation, an deren Spitze Mustafa Kemal Pascha steht. Danach erklären die türkischen Nationalisten, die Friedensbedingungen der Alliierten nicht anzunehmen. Sie wünschen, daß Konstantinopel türkisch bleibe, erklären sich aber mit der Scheitlung der Verhandlungen der Dardanellen und des Abzuges einverstanden. Rußland wird moralische und materielle Hilfe gegen die Alliierten gewähren, wenn die Türkei gezwungen wird, zu den Waffen zu greifen. Rußland unterstützt die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die türkische Armee wird den Kampf sofort in der Gegend von Mosul und an der türkisch-armenischen Grenze beginnen. Dieses Abkommen ist vom Sultan angenommen worden und gilt für zwanzig Jahre.

Waffenerfolge der türkischen Nationalisten.

Paris, 10. Mai. Aus Konstantinopel berichtet Havas, daß die nationalen türkischen Truppen ihren Vormarsch bei Bgida all verheerenden Greifzügen fortsetzen: Sie hätten Kizilirmak (?) besetzt und bedrohen jetzt die Dardanellenspitzen sowie Tschana (?), wo englische Truppen ständen. Ferner hätten sie Penderma besetzt, wo sie eine Batterie schwerer Geschütze eingebaut haben sollen.

Verurteilung griechischer militärischer Pul-Hissen.

Athen, 10. Mai. (Havas.) In der Angelegenheit des Komplotts der reaktionären Offiziere zum Sturz des bestehenden Regimes und zur Ermordung von Venizelos wurden General Vriditis, der Anführer des Komplotts, und drei andere Offiziere zu lebenslänglichem Gefängnis, 15 weitere Offiziere zu 15 bis 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Bevorstehende Umwälzung in Griechenland?

Die Vertreter der italienischen Zeitungen in Athen melden, daß in Griechenland eine Umwälzung nahe bevorsteht. Venizelos (ohne seine Rolle außer Acht zu lassen) die Partei des Königs Konstantin gewinnlos anhängen, und man glaube, daß er bald wieder als König von Griechenland zurückkehren wird.

Schwere Kämpfe zwischen Franzosen und Arabern.

London, 9. Mai. Weekly Dispatch meldet aus Jerusalem: 4000 Araber mit 21 Maschinengewehren und zwei Geschützen haben die Franzosen im Banjas-Distrikt angegriffen. Die Franzosen haben einer zehnfachen Übermacht gegenüber. Die Verluste auf beiden Seiten sind schwer.

Deutschland.

Folgen der Wohnungsnot.

Den B. N. N. wird aus Schwabach berichtet: Am Donnerstagabend fand der Rastlosenbesitzer Göbel mit seiner Frau, seiner erwachsenen Schwester und sechs schulpflichtigen Kindern während der vorangegangenen Nacht infolge des Eindringens giftiger Gase aus dem Rastlosen in das Schlafzimmer den Selbstmord. Göbel war von auferstehend ausgezogen und hatte wegen der Wohnungsnot Arbeitsräume zu Wohn- und Schlafzimmern herverrichten lassen. So ist auch diese neunköpfige Familie letzten Endes ein Opfer des Krieges geworden, der die grenzenlose Wohnungsnot verursacht hat.

Kein Strafverfahren wegen Erzbergers Steuererklärungen.

Oberstaatsanwalt Krauß teilt mit, daß die durch die Presse verbreitete Nachricht, es liege in der Angelegenheit der Erzbergerischen Steuererklärungen ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft in Berlin, irrig sei. Denn die Staatsanwaltschaft dürfe nach §§ 300, 301 der Reichsabgabenordnung vom 13. 12. 1919 — abgesehen von Ausnahmefällen, die hier nicht in Frage kämen — nur dann einschreiten, wenn das zur Untersuchung und Entscheidung zuständige Finanzamt die Vorgänge an die zuständige Staatsanwaltschaft abgibt. Eine solche Abgabe habe aber bisher nicht stattgefunden.

Rundgebung für die Erhaltung der Konfessions-schule.

Aus Anlaß des Katholikentags fanden in Köln nach einem Festzuge von über 30000 Personen in 24 Sälen Versammlungen statt, in denen hervorragende Redner für die Erhaltung der Konfessionsschule sprachen.

Der Papst als Schutzherr der Zentrumspartei.

Aus Buda wird gemeldet: Die im Mittelstand eingeleitete Abspaltung von der Zentrumspartei wird vom Papst eingeschoben neuwichtig. Der Erzbischof von Wien ist zur Verständigung und Warnung der Wähler verpflichtet worden. Das Eingreifen des Papstes in den Parteistreit beweist, wie ernst man in den Kreisen der Katholiken die drohende Gefahr des Zerfalls der Zentrumspartei nimmt.

Die Zeitungsverbote in München.

München, 11. Mai. Der Ratserrat hat das Erscheinen der kommunistischen Neuen Zeitung wieder gestattet, dagegen bleibt die Zeitung der Unabhängigen Der Kampf vorläufig noch verboten.

Der langsame Aufstieg der Rente hat in der ersten Maiwoche angehalten. Am Sonnabend, den 8., zahlte man in Zürich 10.85 Frank, in Amsterdam 5.92 1/2 Gulden für hundert deutsche Reichsmark. Diese Bewertung entspricht einem Satz von circa neun Pfennigen pro Mark.

In den letzten Monaten gestaltete sich die Bewertung des deutschen Geldes im Auslande folgendermaßen: Während man am 27. Januar in Berlin 1798 M. für hundert Schweizer Frank zahlen mußte, kosteten diese am 24. April 1924 M., am 8. Mai aber nur noch 894 M.

Fiskalhilfe aus Lauenburg. Zwischen Deutschland und den baltischen Fischverarbeitungsunternehmen ist ein Abkommen über die Fischereifahrt der baltischen Fischerei nach Deutschland geschlossen worden. Das Abkommen bezieht sich namentlich auf den Export des dreijährigen Fährjahresabkommens. Nach dem Abkommen wird Deutschland für die eine Hälfte des Ertrags ein dreijähriger Kredit und für die andere Hälfte ein vierjähriger Kredit bewilligt.

Deutschlands Tribute an die Entente. Die deutsche Regierung ist beim Obersten Rat der Verbündeten vorstellig geworden wegen der exorbitant hohen Gehälter, welche die militärischen und zivilen Funktionäre der Besatzungsgruppen und der Kontrollkommissionen beziehen. Tatsächlich sind die Gehälter der höheren und obersten Kommissare und Offiziere übertrieben hoch. Bei dem Zustand der Kassa erfordern die höheren Chargen monatlich 10 000 bis 100 000 Mark (hunderttausend bis eine Million Mark). Jährlich dürfte der außerordentliche Etat des Reichs infolge dieser Gehälter mit 200 000 000 Mark belastet werden. — Auch diese Notlage ist eine Folge der Kriegshetze; es ist nur bedauerlich, daß nicht die alldeutschen Kaufleute und Kriegspostler die Kosten aufzubringen haben, sondern daß diese infolge der kapitalistischen Finanzwirtschaft dem deutschen Proletariat aus den Knochen gesogen werden.

Die Kandidaten der U. S. V. Thüringens sind die folgenden: Wilhelm Vock-Gotha, Heinrich Meißner-Gera, Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin, Mathilde Wurm-Berlin, Dr. Oskar Gohr-Berlin, Emil Hillebrand-Jena, Karl Herrmann-Eisenach, Dr. Hedda-Rorsch-Jena und Albin Ziemer-Gotha.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Wahlergebnis in Graudenz.

Nach dem polnischen amtlichen Wahlergebnis im Wahlkreis Graudenz wurden 7 Polen und 4 Deutsche gewählt. Auf die Liste 2 (Vereinigung des deutschen Volkstums) fielen 4 Abgeordnete. Von den polnischen Parteien erhielten die Nationale Arbeiterpartei (Liste 1) 5 Abgeordnete und der Nationale Volksverband (Liste 3) 2 Abgeordnete. Hinter der Liste 2 (Vereinigung des deutschen Volkstums) stehen 33 Prozent der deutschen Stimmen. Die Liste 4 (Deutsche Arbeitergemeinschaft) konnte kein Mandat erringen.

Ein Freistaat Bismarck?

Nach einer Meldung aus Basel finden Besprechungen zwischen Bismarck und Italienern statt, denen ein Kompromiß zugrunde liegt, dem Frankreich und Italien in San Remo zugestimmt hätten. Die Grundlage dieses Vorschlags sei die Bildung eines eigenen Freistaates Bismarck.

Zurückziehung der italienischen Truppen aus Albanien. Nach italienischen Meldungen beschloß die Regierung, alle Truppen aus Albanien, mit Ausnahme der Roue von Palona, zurückzuziehen.

Der Militarismus in England.

Im Unterhause trat Lord Balfour für die Erhaltung der britischen Stärke für die militärische, marine und luftverfechtung ein, während die Kommission für die Reichsverteidigung für die nötige Einschränkung sorgen müsse. Staatssekretär des Auswärtigen Lord Curzon gab zu, daß es notwendig sei, festzustellen, welche von den organisierten Einrichtungen, die während des Krieges getroffen worden seien, beibehalten werden können. Die Kommission für Reichsverteidigung werde solange arbeiten, bis die Friedenskonferenz ihr Werk beendet habe.

Englische Anleihe für Litauen.

Kopenhagen, 7. Mai. Berliner Tageblatt meldet aus London: Der Vertreter einer großen englischen Bank ist in Kopenhagen eingetroffen, um mit der litauischen Regierung wegen Gewährung einer Anleihe zu verhandeln. Litauen wird eine Goldanleihe von 5 Millionen Pfund Sterling erhalten, die die Grundlage für die zukünftige litauische Währung bilden soll. Die litauische Regierung gibt der englischen Bank eine Konzeption auf Auszahlung von 400 000 Dollar litauischer Staatswäcker. Von der Erzeugung sollen 40 Prozent Litauen vorbehalten bleiben.

Drohender Streik der Postkassen in Irland.

Einige Abendblätter veröffentlichten Denkschriften aus Belfast, nach denen die irische Post in den nächsten Tagen streiken will, wenn die Regierung nicht die notwendigen Maßnahmen trifft, um die Post in Ausübung ihrer Pflicht zu halten. — Am Donnerstagabend wurde auf eine Poststreikpatrouille im Zentrum von Derry geschossen, ohne daß Verluste entstanden.

Spaniens Entschädigungsansprüche.

Nach einer Meldung aus Madrid haben zwölf spanische Schiffsfahrtsgesellschaften angekündigt, sie würden beim Wiederaufmachungsanspruch wegen der von deutschen U-Booten versenkten spanischen Schiffe Klage erheben.

Araberüberfälle.

Amsterdam, 11. Mai. Times meldet aus Gafsa (Tunisien): Araber überfielen christliche Dörfer in der französischen Zone südlich von Thrus. In Ain-Jel sollen 500 Menschen getötet worden sein. Der Strom der Flüchtlinge ergießt sich in die englische Zone. 2000 von ihnen haben Gafsa erreicht und 700 Gafsa.

Verkürzung der Brotration in Prag. In Prag wird nach Entscheidung des Ernährungsministers die Brot rationierung vom 10. Mai an nur noch die Hälfte der Brot ration erhalten. In der letzten Woche erhielt der größte Teil der Bevölkerung überhaupt kein Brot.

Vollständigung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund. Am 10. Mai wird in der Schweiz eine Volksabstimmung über den Beitritt zum Völkerbund veranstaltet. Am gestrigen Sonntag wurden im ganzen Lande große Volksversammlungen abgehalten, in denen die Mitglieder des Bundesrates an verschiedenen Orten zugunsten des Beitritts Reden hielten.

Eine neue englische Partei. Der Londoner Vertreter des Times meldet: Die liberale Koalition werde eine neue Partei unter dem Namen National Liberal Party bilden, die Lloyd George zu ihrem Führer erwählte.

Studentenverhaftungen in Raïko. Wie englische Blätter aus Raïko melden, ist eine Anzahl von Studenten festgenommen worden. Es wurden Schriftstücke bei ihnen beschlagnahmt, die auf eine weit verbreitete Verschwörung in den Provinzen hindeuten.

Von Nah und Fern.

Eisenbahnunglück. Godesberg, 11. Mai. Am 10. Mai 3 Uhr 30 Min. nachmittags entgleiten vom G. B. 1285 der Strecke Coblenz-Cöln bei der Einfahrt in den Bahnhof Godesberg der Personenzug und zwei Güterzüge, von denen ein Wagen 4. Klasse umstürzte. Zwölf Reisende wurden durch leichte Quetschungen und Hautabwühlungen unbeschadet verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Des sogenannten Simeonfestes wegen erscheint die nächste Nummer Freitag, den 14. Mai.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Friedrich Heßner in Leipzig. Verantwortlich für den Ankerenteil: Friedrich Willr. in Borsdorf-Beitzka. Druck und Verlag: Carl Heyne Verlag, Leipzig. Diese Nummer umfasst 14 Seiten.

Sommer-Bekleidung

für den Garten und für die Jagd

| | |
|--|-------------------------|
| Jackett-Anzug od. Joppen-Anzug, 3teilig, aus braun und oliv gestreift, sehr starkem Saffin-Körper . . . M. | 190⁰⁰ |
| Jackett-Anzug od. Joppen-Anzug, 3teilig, aus braun- oder drap- farbigem Körper M. | 240⁰⁰ |
| Jackett-Anzug od. Joppen-Anzug, 3teilig, aus drapfarbigem, feinem Saffin-Körper M. | 290⁰⁰ |
| Jackett-Anzug od. Joppen-Anzug aus sehr festem Schiffsleinen, ein- farbig oder gestreift in Grün, Grau, Braun M. | 290⁰⁰ |
| Jagd-Anzug, hochgeschlossen, mit Weste, große Taschen, Joppe mit eingearbeitetem Rucksack aus sehr festem braunen und grünen Schiffs- leinen M. | 340⁰⁰ |

Tennis-Anzüge, Tennis-Hosen
Strand-Anzüge
In großer Auswahl zu niedrigen Preisen

H. Hollenkamp & Co
Brühl Nr. 28-32 **Leipzig** Ecke Reichsstr.
Erstes Herren-Bekleidungshaus

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Große öffentliche Wähler-Versammlungen:

Freitag, den 14. Mai, abends 7 Uhr

In L.-Kleinzschocher im Reichsverweser. Ref.: Partei. Gen. Joh. Schöning. 7/8 Uhr. — Referent: Reichstags-Gen. Rich. Koppisch.

In Lindenthal im Deutschen Haus 7/8 Uhr. — Referent: Reichstags-Gen. Rich. Koppisch.

In Wahren im Alten Gasthof 7/8 Uhr. — Referent: Reichstags-Genosse Fritz Seger.

In Burghausen im Gasthof zum Bienitz. Ref.: Gen. Hoffmann.

Sonntag, den 15. Mai, abends 7/8 Uhr

In Bösdorf im Gasthof 8 Uhr. Referent: Genosse Bernhard Dieß.

In Zwenkau im Goldenen Adler. Referent: Parteisekretär Gen. Joh. Schöning.

In Stahmeln im Gasthof zur Linde. Referent: Genosse Karl Weich.

Sonntag, den 16. Mai, nachm. 2 Uhr

In Trachenau im Gasthof. Referent: Genosse Alfred Kirschmar.

Thema in allen Versammlungen:

- Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahl.**
- Freie Aussprache.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Hauptvorstand.**

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Freitag, 14. Mai 1920, abends 7 Uhr. Bezirksversammlung im Restaurant Gutenberg, Johannisallee 19/21. Alle Genossen und Genossinnen, welche Interesse daran haben, daß die kommenden Wahlen einen für uns günstigen Verlauf nehmen, erscheinen baselbst vollzählig. Zutritt nur gegen Mitteilungsbuch.

Bemba. Donnerstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung in der Wartburg. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Die Bedeutung der Reichstagswahl. 3. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. D. V.

Wödem. Donnerstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr. Mitglieder-Zusammenkunft im Café Funktione. Die berufenen Genossen, die gewillt sind, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen; besonders sind noch die Genossinnen eingeladen, die sich zur Wahlarbeit bereit erklärt haben. Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Borsdorf u. Umg. Sonntag, den 15. Mai 1920, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung im Feldschloßchen. Sehr wichtige Tagesordnung. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Mitglieber und Frauen bittet D. V.

Leuth. Freitag, den 14. Mai 1920, abends 7/8 Uhr. Mitgliederversammlung im Alten Gasthof. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Rechte und Pflichten der Elternkassen in den Schulen. Referent: Gen. Freitag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäfte willkommen.

Baunsdorf. Freitag, den 14. Mai, abends 7 Uhr. Öffentliche Wählerversammlung im Alten Gasthof. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. 2. Freie Aussprache. Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Stütz. Freitag, den 14. Mai, abends 7/8 Uhr. Mitgliederversammlung im Laubhaus. Thema: Politik und Wirtschaft. Referent: Stadtnotar Genosse Krug. Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.

Morgen (Himmelfahrt)

Gemeinsamer Ausflug nach Böhlitz-Ehrenberg.

Abmarsch 7 Uhr mit Musik vom Hofscherplatz.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag

Am Sonntag, 16. Mai, vormittags 9-12 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

Zentrum: Gerberstraße 1, I., Zimmer 6 (Verbandsbureau).
Süden: Restaurant Gambinus, Biebermannstraße. **Döitz:** Gasthof zum Reiter.
Westen: Blauwitz: Hode, Karl; Lindenau: Vater Jahn; Kleinzschocher: Bürgergarten; Großzschocher: Zum goldenen Kreuz.
Norden: Sobitz: Aldau-Auschnitt; Cunitzsch: Sängerkapelle; Wahren: Birken-Schloßchen.
Osten: Sophien-Schloßchen, Konradstraße; Restaurant Krone, Ecke Wurauer und Eblischer; Angers-Schloßchen, Zweinaundorfer Str.; Schiller-Dof, Schönfeld.
Bemba: Feldschloßchen. **Niebertswitz:** Zum Rob. **Entra:** Reichsadler.
Böhlitz-Ehrenberg: Brandis, Park-Schloßchen. **Zwenkau:** Zum Adler.
Zur Höhe: Röhre: Stadt Leipzig. **Tauscha:** Goldner Löwe.

Die Wahl des Lokales steht jedem Mitgliede frei.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 3428.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr. Sonnabends 9-2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Mühlengasse 26, S. II., Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Voranzeige! Voranzeige!

Freitag, den 28. Mai 1920, abends 7 Uhr

Delegierten-Generalversammlung im Gesellschaftssaal des Volkshauses.

Tagesordnung:
Stellungnahme zu den Beschlüssen des erweiterten Verbandsvorstandes auf Erhöhung der Verbandsbeiträge sowie Antrag der Ortsverwaltung wegen Erhöhung der Lokalschläge.
Etwasige Anträge der Mitgliedschaft zur Generalversammlung müssen der Ortsverwaltung mindestens eine Woche vor Stattfinden derselben zugestellt sein. (S. 8 10 des Reglements.)
Wir eruchen die Delegierten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung. S. A.: Heinz Rieder.

Ortsverein Böhlitz-Ehrenberg.

Donnerstag, den 13. Mai (Himmelfahrt)

Morgen-Anflug mit Musik

nach Schkeuditz, Bürgergarten.
Treffpunkt 7 Uhr am Wasserturm.
Schleppleiter vollzählig erscheinen.
Die Bibliothek ist jetzt Montags von 1/2 bis 7 Uhr offen. Bis Sonntag muß jeder Wähler nachgeliefert haben, ob er in der Wählerliste steht. **Der Vorstand.**

Prima Kernleder im Ausschchnitt und im Ganzen, wie auch sämtliche Schuh-Zubehörtel sowie die neuesten Fashion in Herren-, Damen- u. Kinderleisten preiswert zu haben bei
C. Migdin, Hauptgesch.: Leipzig, Tauchaer Str. 46
Filialen: Sell., Wurzen, Str. 11; Schm., Breslauer Str. 44.

Achtung!

Zahlreiche höchste Tagespreise für

**Zeitungen
Bücher
Kochpapier
Lumpen
Metalle
Gummiabfälle**

Robprodukt-handlg.
Thomassiusstr. 11
W. Bart.



Leder-, Hand- u. Damentaschen

Grösste Auswahl Billigste Preise

Karl Blaich, Windmühlenstr. 32
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reiseartikel und div. ff. Lederwaren.

Astoria

Windmühlenstraße 31
Fernruf 13105/96

Freitag, den 14. Mai, Erkaufführung:

Kameraden

von August Strindberg. 5 Akte für den Film bearbeitet von Wolf Paul mit Harriet Bosse (Die berühmte Schauspielerin und Gattin Strindbergs). Spielt in Paris in Künstlerkreisen.
Heute letzter Tag: „Des Teufels Advokat.“

Univerfum

Rohplatz 6
(Café Bauer)
Fernr. 18195/96

Freitag, den 14. Mai, Erkaufführung:
Der große Auslands-Prunt-Film

NERO

Monumental-Film aus der Zeit des Verfalls des römischen Kaiserreichs.
Nach geschichtlichen Heberlieferungen bearbeitet von Dr. L. Warneke.
Heute letzter Tag: „Die Brüder Karamasoff.“

Colosseum

Rohplatz 12-13
Fernr. 18195/96

Freitag, den 14. Mai, Erkaufführung:

Der Narr seines Herzens

Ein ergreifendes, packendes Lebensbild in 8 Akten.
Heute letzter Tag: „Ohne Zeugen.“

Bindenfels

Karl-Heine-Straße 50.
Fernruf 18195/96.

16 Freitag, den 14. Mai:

Des Teufels Advokat.

Wingergarten

Eisenbahnstraße 56.
Fernruf 18195/96.

16 Freitag, den 14. Mai:

Die Brüder Karamasoff.

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher

Heinrich Berthold

Lederhandlg., Leipzig, Nikolaistr. 20-26
Leder-Ausschnitt

Familien-Nachrichten

Buchbinder-Verband.

Im Alter von 22 Jahren verchied unser Mitglieb, die Kollegin
Gräulein Elsa Arndt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Zurückgeführt vom Grabe unzer lieben Tochter und Schwester
Helene.

fühlten wir uns gedrungen, hierdurch allen Freunden, Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Besonders danken wir unsern lieben Hausbewohnern und Nachbarn, welche uns während ihrer langen Krankheit bilflich zur Seite standen, für den herrlichen Blumenkranz, Besonderen Dank der Dramatischen Abteilung, Gartenverein Landfrieden, für den herrlichen Kranz, und Brautkammer. Herzlichen Dank auch Herrn Pastor Richter für die tröstlichen Worte am Grabe. Dies alles hat unsern wunden Herzen wohlgetan. Dir aber, liebe Helene, rufen wir ein Ruhe sanft und Ruhe Dank in dein vielgeliebtes Grab nach.
L. Lindena u. Stadionsstraße 20
den 10. Mai 1920
In tiefstem Schmerz
Emil Nitsoch und Frau nebst Schwestern.
Ich könnte Liebe Wunder tun
Und Tränen Lote weiden,
So würde dich, geliebtes Kind,
Nicht kalte Erde bedeen.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Beimgange meines lieben unvergesslichen Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten meinen besten Dank. Besonders Dank der Firma Meyer u. Weidelt und seinen lieben Arbeitskollegen sowie dem Arbeitspersonal der Firma Wagner u. Bittelstein. Dank auch dem Pastor Ebert für seine tröstlichen Worte in der Kapelle und am Grabe. Dies alles hat meinem Herzen wohlgetan.
L. Lindena u. Bahnamannstraße 15
Die tieftrauernde Witwe
Luisa verw. Dorn nebst Angehörigen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Mai.

Parteiangelegenheiten.

Kein Besuch der gegnerischen Versammlungen.

Die Parteileitung hat beschlossen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie gegnerische Versammlungen nicht besucht...

Parteileitung.

Freitag, den 14. Mai, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Café links, Sitzung der Parteileitung.

Ortsverein Leipzig-Öst. Agitationskommission. Sitzung im Bibliotheksaal...

Schönefeld. Freitag, den 14. Mai 1920, abends 8 Uhr, im Jugendheim...

Tauscha. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Funktionärsitzung im Goldenen Löwen...

Ortsverein Blagwitz-Bindena-Schleisig. Morgen, Donnerstag, früh 8 Uhr, Treffpunkt Salzfstraße.

Die Leitung.

Entscheid. Sämtliche Funktionäre, Parteigenossen und Genossen...

Schluß. Freitag, abends 8 Uhr, Sitzung der Parteifunktionäre und aller...

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre. Mittwoch, den 12. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P.-Mitglieder und Funktionäre der Druckereiarbeiter und Arbeiterinnen...

„Es muß einmal gesagt werden.“

Unter diesem Titel schreibt die Leipziger Lehrerschaft u. a.: Die Zustände sind empörend. Ein trauriges Bild...

Was soll das enden? Es ist klar, daß die große Masse der Verbraucher eine solche Marktwirtschaft auf die Dauer nicht ertragen kann...

Die letzten Bemerkungen beweisen, welche Unklarheit noch in Kreisen über das Ziel des sozialistischen Proletariats herrscht...

hängigen Sozialdemokratie für dies Ziel kämpfen. Es ist der einzige Weg...

Das Existenzminimum im April.

Nach einer Berechnung von Dr. H. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, ergab sich als wöchentliches Existenzminimum für den April 1920 in Groß-Berlin:

Table with 4 columns: Ernährungs-, Wohnungs-, Bekleidungs-, Sonstiges. Rows for Mann, Ehepaar, Ehepaar mit 2 Kindern.

Im Februar 1920 betragen die Zahlen 188 Mk., 100 Mk., 256 Mk. Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im April 1920...

Nach den Kosten im Februar war ein jährlicher Mindestverdienst für einen Mann von 6050 Mk., für ein kinderloses Ehepaar von 10 200 Mk....

Die Vergleichszahlen zwischen Februar und April zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie schnell die Lebenshaltung der Arbeiter herabgedrückt wird...

Wer ist schuld?

Die Freie Presse räumt Karl Binkau eine ganze Seite ihres kostbaren Papiers ein, damit er all das, was er gegen unsre Partei und unsre Partei auf dem Herzen hat...



Seht die Wähler-Listen ein!

Sie liegen am Donnerstag, dem 13. Mai, von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags zur Einsicht aus.

Die Wählerlisten sind nur noch bis Sonntag, den 16. Mai, einzusehen.

Sichere sich ein jeder das Wahlrecht!



dorthin gebracht hat. Die Kosten des Feldzugs nach Braunschweig, Hamburg, Bremen, München, Leipzig, Gotha usw. sind noch in guter Erinnerung...

Der Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig im Monat April 1920.

Die Zahl der Erwerbslosen ist im Monat April um 1100, von 12 903 auf 11 707, zurückgegangen. Der Mängelpost beträgt bei den männlichen Erwerbslosen 537 und bei den weiblichen 620...

Der Arbeitsnachweis und den ihm angeschlossenen paritätischen Nacharbeitsnachweisen waren mit dem aus dem Vormonat übernommenen Reste 18 526 (im Vormonat: 18 058) Arbeitsuchende...

den ungelerneten Arbeitern zurückgegangen. Die gesamte Stellenvermittlung hat sich gegenüber dem Vormonat nur in geringem Maße gehoben...

Ein reaktionärer Schulleiter.

In der Elternversammlung der 35. Volksschule am Freitag fragte ein Diskussionsredner an, wann die Wahl eines Elternrates stattfinden würde...

Arbeiterbildungsinstitut. Die Führung für die Gemeindegewerkschaft im Volkertsmuseum kann erst am Sonntag erfolgen.

Schwimmfest des Arbeiter-Schwimmvereins. Sportfest abwechslungsreich und hoch harmonisch zu gestalten, ist keine leichte Aufgabe...

Der Revolver bei der Lohnzahlung? Anlässlich einer Klage vor dem Gewerbegericht gegen die Gesellschaft für zeitgemäße Kesselhausrichtung...

Mitglied der gemischten Chöre treffen sich Sonntag, dem 16. Mai, 1 1/2 Uhr nachmittags im Volkshaus zu einer kleinen Probe.

Das Naturkundliche Heimatmuseum (Tröndlinring 1) ist am Samstag, den 15. Mai, von 1/2 bis 1 Uhr geöffnet. Am Freitagabend 1/7 Uhr findet der letzte geologische Reihenortrag...

Im Ausstellungszimmer sind jetzt ständig Frühlingsblumen und hübsche Wildpflanzen ausgestellt.

Weitere Sonntagsgänge im Sommer: Berlin-Leipzig. Der Sonntagsvortrag wird im Sommerfahrplan nach den jetzt vorliegenden endgültigen Entwürfen noch weiter ausgedehnt...

Die Feuerwehrtätigkeit. Am 12. Mai, früh 1/2 Uhr, waren in einem Kesselhaus Rannburger Straße größere Mengen Braunkohle durch Selbstentzündung in Brand geraten.

Vollheimnachrichten.

Unfall. Am 8. d. M. ist nachmittags gegen 1/2 Uhr im Wölfnener Weg ein 21-jähriger, zur Zeit hier bei seinen Eltern auf Besuch...

bei schweren Kopfverletzungen zu und wurde mit Rettungswagen nach dem Krankenhaus St. Georg gebracht. Fremdes Verschulden soll nach Zeugenaussagen nicht in Frage kommen.

Polizei und Publikum. Arme Menschen sind sie, die Unglücklichen, die durch den Krieg, bei Ausübung ihres Berufes oder sonstwie zu Krüppeln geworden oder schwerem Elend verfallen sind. Erfreulich ist es deshalb zu sehen, wie zur Ergänzung dessen, was Staat, Gemeinde und private Wohlthätigkeit für diese Armen tun, gar viele, die einen solchen Unglücklichen an der Straße stehen oder sitzen sehen, eine milde Gabe spenden, um ihm sein schweres Los zu erleichtern. Bei alledem darf das Mitgefühl für diese Unglücklichen aber nicht blind dagegen machen, daß das Mitgefühl nicht selten arg mißbraucht und schändlich ausgenutzt wird von Leuten, die ihr Gebahren, wenn nicht überhaupt vorläufig, so doch stark übertrieben. Zu diesem Zwecke wird oft mit ganz raffinierten Mitteln gearbeitet. Schon um herabzuleitenden Betrügern das Handwerk zu legen, muß die Polizei die Krüppel und Stenchen ständig im Auge behalten und öfter ihre Ausweise prüfen. Dazu kommt noch, daß sich diese Personen mit Vorliebe an verkehrsreichen Stellen und dabei mitunter noch in einer solchen Weise aufstellen oder hinlegen, daß sie dem Verkehr hinderlich sind und deshalb nicht gebuldet werden können. Wenn sich also die Schutzleute mit diesen Unglücklichen befassen, so geschieht es nicht aus Mangel an Mitgefühl, sondern zu einem wohl erwogenen Zweck und im Interesse der Allgemeinheit. Das sollen immer diejenigen bedenken, die Zeugen eines solchen Einschreitens des Schutzmanns werden. Dann würde es gewiß nicht so oft vorkommen, daß in herabzuleitenden Fällen das Publikum Partei gegen den Schutzmann ergreift. Auch ist es ratsam, sich in solchen Fällen diejenigen Personen genauer anzusehen, die sich zum Vorführen für den Krüppel aufwerfen und das Publikum gegen den Beamten aufzuwecken suchen. Nicht selten sind das Leute, die nur so tun, als ob sie aus empörendem Mitgefühl handelten, während sie in Wirklichkeit zu dem Krüppel gehören und an seiner Einnahme interessiert oder gar beteiligt sind.

Soweit die Meinung des Volkstamts. Es ist überaus besorgsam für die kapitalistische Gesellschaft, daß die Kriegskrüppel sich überhaupt auf die Straße setzen und betteln müssen. Während des Krieges hieß es, so etwas dürfe nach diesem Kriege nicht vorkommen. Und jetzt läßt man die Invaliden hungern. Der Kapitalismus, der sich im Kriege und nach ihm ungemein bereichert hat, klammert sich nicht um die Kriegsoffer.

Veranstaltungen der Arbeitertum- und Sportvereine.

- Turner.** 2. Abends. Dinnmahlzeit, 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung. 2. Abends. Dinnmahlzeit, 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung. 3. Abends. Dinnmahlzeit, 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- Fußballspieler.** 2. Abends. Dinnmahlzeit, 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- Schachverein.** 2. Abends. Dinnmahlzeit, 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.

Gerichtssitzungen in Leipzig am 16. Mai 1920.

- 1. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 2. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 3. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 4. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 5. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 6. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 7. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 8. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 9. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 10. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 11. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 12. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 13. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 14. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 15. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 16. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 17. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 18. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 19. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 20. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 21. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 22. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 23. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 24. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 25. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 26. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 27. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 28. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 29. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.
- 30. Abends. 8 bis 9 Uhr: Kuchensammlung.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Bausdorf. Wählerliste nachsehen. Für Genossen, die tagsüber keine Zeit haben, liegt die Liste von 5 bis 7 Uhr nachmittags im Bibliotheksbüro, Wilhelmstraße 15, aus. Bekümmere niemand, sich zu überlegen, ob er in der Liste steht. — Bei der stattgefundenen Wählerwahl hat die Liste des Ortsvereins acht Vertreter, die der Bürgerlichen einen Vertreter erhalten. Auch der eine bürgerliche Vertreter hätte nicht zu sein brauchen, wenn die Wahlbeteiligung etwas stärker gewesen wäre.

Borsdorf. Die vielen Klagen über die Kohlenversorgung in den Vorjahren haben den Ortskohlenauschuss veranlaßt, für dieses Jahr vom Bezirksverband die Lieferbereitschaft zu erwerben. Alle für Borsdorf zuständigen Hausbrandkohlen (Briketts usw.) werden von der Gemeinde selbst bezogen und am Bahnhof abgegeben. Die Kohlengrundkarte werden morgen, Donnerstag, von 11 bis 12 Uhr im Gemeindeamt ausgegeben. Wer seine Kohlen nicht direkt von der Gemeinde, sondern durch einen Borsdorfer Kohlenhändler beziehen will, hat das morgen beim Empfang der Kohlenkarte anzugeben und den Händler zu benennen. Beim Eingang von Briketts werden davon den Händlern so viel überwiesen, daß sie die vom Kohlenauschuss zur Belieferung bestimmten Kohlenmärkte beliefern können.

Tauscha. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde mitgeteilt, daß der Staat und das Reich erhöhte Baukostenzuschüsse für die Kleinwohnungsbauten bewilligt haben. Eine Anfrage an das Ministerium wegen Erhebung von Gemeindezuschüssen zur Kosteneinminderung ist abschlägig beschieden worden. Der Reingewinn der Girokasse beträgt 4000 Mk. Die Prüfung der städtischen Kassen durch den Verbandssprecher hat zu Aufstellungen keinen Anlaß gegeben. Das Schuldenhaus wird an den Gastwirt Dewald aus Leipzig verpachtet. Die Fußgänger werden auf 10 Mk. pro Tag für städtische Fußgänger festgesetzt. Von der Amtshauptmannschaft ist eine Kraftwagenverkehrsline Leipzig-Tauscha geplant. Der Stadtmehrheitrat befragt diese Eintragung, kann sich aber mit dem Vorschlag der Amtshauptmann-

schaft, die Linie über Sommerfeld-Pantitz zu führen, nicht einverstanden erklären, denn für die Stadt Tauscha kann nur eine direkte Verbindung über Dörfelitz in Betracht kommen. Hinsichtlich der Garantiesumme will man vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen. Die Sparlastenordnung soll dahin abgeändert werden, daß Einlegergebühren bis 20000 Mk. betragen können. Die Verpflegung im Krankenhaus werden auf 2,70 Mk. für Erwachsene und 2,25 Mk. für Kinder für den Verwalter festgesetzt. Es müssen auch die Verpflegsgelder für Krankenträger und Privatsenken erhöht werden. Der Wasserpreis wird von 1 Mal an auf 75 Pf. pro Kubikmeter festgesetzt. Im Elektrizitätswert soll die alte Dampf- und Dynamomaschine mit Kesselanlage und Schornstein verkauft werden. Um die Feuerficherheit im Westviertel zu erhöhen, wurde beschlossen, am Bahnhof einen Feuerlöschgeräteschuppen zu errichten. Mit der Stadt Pirna soll ein Gegenstandsverzeichnis von 150000 Mk. für verschiedene Zwecke abgeschlossen werden. Stadt. Rößler beantragte, den freiwilligen Nachschuß wider mit Schußwaffen auszurüsten. Bei dieser Gelegenheit gab der Vorsitzende ein Schreiben des Ministeriums bekannt wegen Errichtung eines Ortsrichters.

Leipzig-Markleeberg. Aus dem Gemeinderate. Der Zentralbüreau für Blinde wurden als jährlicher laufender Beitrag 50 Mk. überwiesen. Die Einverleibung des Rittergutes soll nun in Angriff genommen werden. Wer die Befehlshaber der Großagrarien kennt, weiß, daß in der Einverleibungsfrage manche Schwierigkeiten zu überwinden sind. Das zum Rittergut gehörige Wortwort Auenhain wird nicht mit einverleibt. Dem Rittergut wird eine Vertretung im Gemeinderate bis zu den Neuwahlen zugestimmt. Größere Baupläne lagen vom Besitzer der Sinsfelchen Fabrik vor. Der Aufbau eines Dachstuhles soll befristet werden, wenn das Fabrikgebäude im Laufe der nächsten fünf Jahre einen Bug ähnlich dem der Schule erhält. In nächster Sitzung soll darüber weiterverhandelt werden, da dann die Pläne vorliegen. Das Wohnungsbauprojekt der Gemeinde mußte, wie schon früher berichtet, vorläufig begraben werden. Der Wasserzins muß bedeutend erhöht werden. Fürs erste Vierteljahr werden der Gemeinde Gausch, die ihr eigenes Rohrohr hat, 33 Pf. pro Kubikmeter berechnet. Später dürfte der Preis auf 1 Mk. oder noch höher zu stehen kommen. Das Wasser ist in früheren Jahren zu billig abgegeben worden, so daß nicht genügende Rücklagen für Erweiterungs- und Erneuerungsarbeiten gemacht werden konnten. Die Strompreiserhöhung für Straßenbeleuchtung wurde anerkannt. Sand aus der Markleeberger Grube wird nur an Einwohner abgegeben. Die Vorschläge des Finanzamts zur Besatzungsgruppierung der Gemeindebeamten wurden nach einiger Abänderung genehmigt. Die Besoldung erfolgt nach Klasse A. Jeder Beamte erhält Urlaub. Das Höchstmaß beträgt vier Wochen. Ein Antrag des Genossen Zeiger, den Unterschied zwischen Krankengeld und Erwerbslosenunterstützung allen Kranken aus Gemeindegeldern zu zahlen, wurde mit einigen Einschränkungen angenommen. Die Maßnahme soll nur vorläufig gelten, da keine Unterlagen über die Höhe der Kosten vorliegen. In Betracht kommen nur Kranke bis zu einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu 5700 Mk. alter Schätzung.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkshammer.

Um den Religionsunterricht. Die Erlebigung der Tagesordnung der gestrigen Volkskammer-Sitzung nahm nur einige Minuten in Anspruch. Eine Regierungsvorlage, die eine Abänderung des Gesetzes über das höhere Mädchenschulwesen vom 10. Juni 1910 dahingehend fordert, daß auch den weiblichen Lehrkräften der Weg zu leitenden Stellen an höheren Mädchenschulen geöffnet wird, wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen. Auch der zweite Beratungsgegenstand war schnell abgetan, da die Mehrheitsfraktion ihre Interpellation, die beschließt, der vom 1. Januar 1920 wirksamen Ueberweisung der Stadt Zwickau nach Teuerungsklasse A rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1910 zu verleihen, mit Zustimmung der Kammer in eine kurze Anfrage umgewandelt wurde. Ein Regierungsvorlage vertrat kurz und bündig die verfassungskonforme Ansicht, daß von einem weiteren Entgegenkommen keine Rede sein könne; einmal, weil das den früher gefassten Beschlüssen der Volkskammer, widersprechen würde, dann aber auch, weil die Forderung sachlich unbegründet ist. Die in Frage kommenden Beamten dürften von vornherein mit den festgelegten Entnahmen gerechnet haben, und deshalb sei es gar nicht angeht, der Staatskasse neue Lasten aufzubürden. In Betracht kommt noch, daß die sächsische Beamten durch Teuerungsklassengulden 1910 an sich verbessert worden, als die Reichsbeamten.

Wiel bedeutender war ein Vorgang, der sich außerhalb der vorgesehenen Tagesordnung abspielte, und der den Streit um die Willkür des § 2 Abs. 2 des Uebergangsgesetzes betraf. Die sächsische Regierung hatte schon vor einigen Monaten einen Gesetzentwurf eingebracht, der die in Frage stehende Bestimmung aufheben und den Religionsunterricht wieder einschmelzen wollte. Da die beiden sozialdemokratischen Fraktionen von vornherein keinen Zweifel darüber ließen, daß sie dieser Verschlechterung nicht zustimmen würden, zog die Regierung den Entwurf noch vor der ersten Beratung zurück. Anwaltschaft haben die Schulrektoren sich im Reichstage bemerkt, eine Ungültigkeitserklärung des sächsischen Gesetzes zu erwirken, mit dem Erfolg, daß das Reichsgericht beauftragt worden ist, die Frage zu entscheiden. Der sächsische Unterrichtsminister hatte dieser Entscheidung schon durch eine eigenmächtige Verordnung vorgegriffen.

Die endgültige Entscheidung scheint aber den Instanzen nun doch einiges Kopfzerbrechen zu machen. Der Reichsminister hat sich mit der sächsischen Regierung verständlich und wünscht in einem Schreiben an den Präsidenten vorher eine Entscheidung der Kammer über die zurückgezogene Regierungsvorlage, die nun wieder eingebracht und am kommenden Montag beraten werden soll. Das läßt darauf schließen, daß die beiden Mehrheitsfraktionen sich bereits verständigt, d. h. daß die Reichssozialisten nachgeben haben. Denn, wenn die Regierung wußte, daß die Kammermehrheit nach wie vor gegen die Vorlage ist, würde sie auf das Experiment verzichten.

Die Zusammenlegung der Wahlen abgelehnt.

Der Antrag unserer Volkskammerfraktion, die sächsischen Volkskammerwahlen gemeinsam mit den Wahlen zum Reichstag am 6. Juni vorzunehmen, ist gestern vom Rechtsauschuss gegen die Stimmen unserer und der deutschnationalen Vertreter abgelehnt worden. Das war nach der Haltung der Regierungssozialisten auch gar nicht anders zu erwarten. Herr Nitzsche, der als Berichterstatter bestellt war, ging im Ausschuss weniger aggressiv vor, als im Plenum. Er erkannte sogar an, daß der Antrag sehr viel Gründe für sich habe. Webrig blieben für ihn eigentlich nur noch die Zweifel, ob die Zusammenlegung der Volkskammer dem Willen der Bevölkerung entspricht oder nicht. Das müßte erst durch die Wahlen zum Reichstag entschieden werden. Herr Beutler war so hochhaft, danach festzustellen, aus diesen Worten ergebe sich die Konsequenz, daß, wenn die Reichstagswahlen den Beweis der Unstimmigkeit zwischen Volkskammer und Volksmehrheit erbringen sollten, die Kammer dann sofort aufgelöst würde. Dieser logische Schluß gefiel den Mehrheitsfraktionen und Demokraten aber durchaus nicht. Sie meinten, dazu läge gar keine Veranlassung vor, und befürchteten damit nur, daß ihre angeführten Gründe nur die Angst vor der Entscheidung übergehen sollten.

Der Staatskredit-Vertrag mit der Leipziger Volkshaus-Gesellschaft.

Eine Regierungsvorlage über den Abschluß eines Vertrags mit der Gesellschaft Volkshaus in Leipzig über die Gewährung eines Darlehens aus Staatsmitteln ist der Volkskammer zugegangen. Er lautet:

1. Infolge des Beschlusses der Volkskammer vom 31. März 1920 über die Gewährung eines Staatskredits an die Gesellschaft

in L. S. Volkshaus in Leipzig gewährt der sächsische Staat der Gesellschaft ein Darlehen in Höhe von 2 Millionen Mark.

2. Das Darlehen ist vom Tage des Empfanges mit 2 v. H. jährlich zu verzinsen.

3. Das Darlehen ist spätestens zwei Jahre, nachdem das der Gesellschaft gehörige, infolge der letzten Unruhen in Leipzig nahezu vollständig durch Brand zerstörte Volkshaus wiederhergestellt und seiner bisherigen Bestimmung wieder zugeführt ist, zurückzugeben.

4. Die Gültigkeit des Vertrags wird von der Zustimmung der Volkskammer abhängig gemacht. Die Gesellschaft verpflichtet sich dem sächsischen Staat gegenüber, etwaige Veränderungen des Vertrags, die die Volkskammer beschließen sollte, als für sie rechtsverbindlich anzuerkennen. Ungeachtet dieser Zustimmung der Volkskammer ist die Darlehenssumme mit Rücksicht darauf, daß sie von der Gesellschaft wegen des Anlaufs oder der Mietung eines Grundstücks sofort benötigt wird, der Gesellschaft schon jetzt auf deren Bankkonto bei der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt in Leipzig zu überweisen.

Neue Steuern in Sachsen.

Wie das L. T. meldet, plant das Finanzministerium eine Neuform der Grundsteuer und die Neueinführung einer Gewerbesteuer. Beide Steuern sollen nach einer einheitlichen Grundfrage im ganzen Lande gleichmäßig für Staat und Gemeinden zugleich veranlagt und erhoben werden, wobei geplant ist, daß die Gemeinden außer einem Anteil am Reinertrag der Steuer noch bis zu einer gewissen Grenze ein Zuschlagsrecht für ihre eigene Rechnung erhalten, um die Beweglichkeit des Gemeindebetriebes, soweit irgend angeht, zu ermöglichen. Außerdem plant Sachsen, soweit das im Rahmen der Landessteuergesetzgebung möglich ist, aus der Volkswirtschaft des Spielbetriebs um Geld in jeder Form, der in letzter Zeit besonders straffe Formen zeigt, sowie aus den vom volkswirtschaftlichen Standpunkt zu bekämpfenden Luxusausgaben ein Mittel zu gewinnen, um seine staatlichen, kulturellen und sozialen Pflichten weitgehend einigermassen erfüllen zu können.

Mit diesen disziplinarischen Vorhaben wird der Bankrott auch nicht aufzuhalten sein.

Simbach, 11. Mai. In der Weltbranche macht sich die wirtschaftliche Krise bereits stark bemerkbar. In verschiedenen Betrieben arbeitet man wöchentlich nur 24-30 Stunden. Auch die umliegenden Industrieorte werden stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Treppen hinaufgefallen!

Der frühere Oberbürgermeister Dr. K. v. H. in Halle, der wegen seiner Kappverurteilung bekanntlich sein Amt als Oberbürgermeister niederlegen mußte, ist jetzt als Mitglied der Reichstagskonferenz nach Berlin berufen worden.

Auflösung des Volkstages in Zwickau.

Der Volkstag des Zwickauer Bezirksarbeiterrates hatte ein Flugblatt verbreitet, in dem er gegen die Entwaffnung der Arbeiterwehr protestierte und für den Fall des Einmarsches der Reichswehr und der weiteren Entwaffnung zu einem allgemeinen 24 Stunden Proletstreik aufruf. Daraufhin hat der Militärbesatzung für die Reichshauptmannschaft Zwickau den Arbeiter- und den Volkstagsrat für aufgelöst erklärt, da dieser gegen die Bestimmungen einer Verfügung des Militärbesatzungsvorstehers verstoßen habe, wonach Flugblätter ohne Erlaubnis nicht verbreitet und Streiks mit Einschluß der lebenswichtigen Betriebe nicht ausgerufen werden dürfen.

Ob gegen die Zeitverweigerung und reaktionären Bauern- und Einwohnerwehren auch so radikallos vorgegangen wird? Wir leben wirklich im freiesten Staat der Welt!

Reichstagswahlen der Deutschen Volkspartei für Ostfalen. Die Deutsche Volkspartei hat für den Wahlkreis Ostfalen folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Staatsminister a. D. Dr. H. v. S. 2. Dr.-Ing. h. c. Kurt Sorge, Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie (Sorge ist geborener Saxe und Ehrenbürger der Dresdener Technischen Hochschule). 3. Dr. Theol. h. c. Otto Eberling, Vorsitzender des Evangelischen Bundes. 4. Dr. Lotze Schürig.

Die Mittelständler in Ostfalen wollen eine eigene Liste aufstellen, wenn die Deutschen nicht ihren Kandidaten, Glasermeister Weglich in Dresden, an zweiter Stelle auf ihre Liste stellen.

Gewerkschaftsbewegung.

Buchdruckerverband honora Schliche.

Auf eine Anfrage des Deutschen Buchdruckervereins (Unternehmer) über die Heraushebung der verkürzten Arbeitszeit und die Wiedereinstellung der infolge Verkürzung der Arbeitszeit entlassenen Arbeiter hat der Reichsarbeitsminister Schlichte antwortet:

„Es steht zur Frage, ob der Arbeitgeber die wegen Arbeitsmangels auf wöchentlich 24 Stunden herabgesetzte Arbeitszeit wieder auf die normale Arbeitszeit heraufsetzen kann, ohne zunächst die vor Herabsetzung der Arbeitszeit wegen Arbeitsmangels entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Die Frage ist zu bejahen. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Neueinstellung der wegen Arbeitsmangels entlassenen Arbeiter besteht nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht. Das Arbeitsverhältnis ist durch die rechtmäßige Entlassung endgültig gelöst und eine rechtlich gesicherte Unwahrhaftigkeit der entlassenen Arbeiter auf Wiedereinstellung nach Behebung der Arbeitslosigkeit besteht weder nach dem Gesetz, noch nach der Demobilisierungsverordnung. Es darf aber erwartet werden, daß die Arbeitgeber auch ohne derartige Verpflichtung den gegenwärtigen Verhältnissen, die eine Entlastung des Arbeitsmarktes dringend verlangen, Rechnung tragen werden, soweit es die Verhältnisse ihres Betriebes irgend gestatten.“

gez. Schlichte.

Eine Gauvorsteher-Konferenz im graphischen Gewerbe hat darauf an Schlichte telegraphiert:

Eine Vertreterkonferenz der gesamten Arbeiterorganisationen im graphischen Gewerbe am 8. Mai in Leipzig legt entschieden Verwahrung ein gegen die dem Deutschen Buchdruckerverein am 26. April erteilte Antwort in Sachen der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit.

Diese Antwort steht auch nach Ansicht der teilnehmenden Vorsitzenden und Mitglieder der Schlichtungsausschüsse der Zweigbestimmungen der Verordnung vom 12. Februar 1920 entgegen und entspricht nicht der bisherigen Spruchpraxis der Schlichtungsausschüsse.

Die Auswirkung der Antwort wird sofort eine erhebliche Verkürzung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Die Konferenz erhebt gegen diese Antwort scharfe Proteste und behauptet, daß eine solche Auskunft an eine Arbeitgeberorganisation ohne vorherige Fühlungnahme mit der Vertretung unserer Gewerkschaften erteilt ist.

Die Konferenz erwartet vom Minister eine Anweisung an den Deutschen Buchdruckerverein, daß die Wirkung seiner Antwort ausgeglichen wird, bis eine hiermit für Ende nächster Woche nachgesuchte Ausprache mit unsern Vertretern stattgefunden hat.

Antwort erbitten sofort nach Volkshaus, Leipzig, Selbst Strafe.

Die Vorstände und Vertreter sämtlicher gewerkschaftlicher Organisationen im graphischen Gewerbe.

J. A. Selig.

Die Umsatzsteuer.

Entbehren sollst Du, sollst entbehren.

Die Wirkung dieser Steuer auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse wird gewaltig sein. Die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, die durch die Steuer hervorgerufen wird, wird über die Höhe des Steuerfußes hinausgehen. Die bekannte und für den Verbraucher so gefährliche, für den Verkäufer aber so gewinnbringende Abrundung nach oben wird heute noch stärker in die Erscheinung treten als bei früheren indirekten Steuern. Was die amtliche Begründung über die Einführung der Pfennigrechnung sagt, genügt von einer kaum glaublichen Selbstverständlichkeit. Heute ist fast schon nicht mehr das Zehnfachungsgesetz, sondern die halbe Mark zur kleinsten gangbaren Münze geworden, und bei vielen Verbrauchsgegenständen wird die Abrundung nach oben nicht auf volle zehn Pfennige, sondern auf volle halbe Mark erfolgen. Die Wirkung dieser Abrundung nach oben aber wird bei dieser Steuer vervielfacht, da die Gefahr vorliegt, daß sie bei jedem einzelnen Umsatz stattfindet. Die Beträge, um die durch die Abrundung die Preissteigerung vor sich geht, werden deshalb in noch rascherer Progression anwachsen als die Steuerbeträge selbst.

Wir leben ohnehin in einer Zeit steigender Preise. Welches Preisniveau durch die Umsatzsteuer herbeigeführt werden wird, ist darum gar nicht abzusehen. Der Arbeiter wird schließlich nicht übrig bleiben, als seinen Verbrauch einzuschränken, als sich weitestgehend Entbehrungen anzuerkennen. Der Rückgang des Konsums wird dann den Ertrag der Steuer beeinträchtigen, er wird zu einer Senkung der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Was aber dann? Gibt es noch eine weitere Anspannung der indirekten Steuern?

Die Begründung zur Umsatzsteuer gibt der Arbeiter in eintöniger Wiederholung den Rat: Schränke dich ein, laufe keine entbehrlichen Gegenstände und du wirst deine Steuerlast verkleinern. Es heißt in der Begründung:

„Schränke der Steuerträger sich, wie es die gedrückte Lage der deutschen Volkswirtschaft nötig macht, sowohl ein, als es seine Bedürfnisse irgend gestatten, so mindert sich von selbst seine Steuerlast.“

Es ist das alte Lied vom Sparen, das der Finanzminister Erzberger während seiner Amtszeit in allen Tonarten sang, und das sein Nachfolger wiederholt. Dieses Lied vom Sparen, das ewig: entbehren sollst du, sollst entbehren, gilt aber nur für die Arbeiterklasse. Wohl heißt es weiter in der Begründung, daß jeder durch Sparmaßnahmen in den Ausgaben für entbehrliche Dinge sich der Steuer entziehen könne, und dann weiter:

„Diese soziale Regelung ist zugleich eine allgemein volkswirtschaftlich richtige, denn nur bei vernünftiger Gestaltung der Ausgaben aller deutschen Hauswirtschaften in der nächsten Zeit kann die allgemeine volkswirtschaftliche Lage Deutschlands sich in weiterer Zukunft so gestalten, daß auch für die Befriedigung breiterer Bedürfnisse allmählich wieder Raum wird.“

Wenn aber die wohlhabenden Schichten der Bevölkerung in Betracht kommen, wird dieser allgemeine Satz sofort eingeschränkt. Für die Wohlhabenden erfordert die gedrückte Lage der deutschen Volkswirtschaft nach der Begründung keine Einschränkung. Für sie hat die Begründung nicht die brutale Forderung der Entbehrung, sondern die freundliche Mahnung, sich ja gar keine Beschränkung anzuerkennen:

„Man läßt unsre gedrückte wirtschaftliche Lage es gewiß erwünscht erscheinen, daß jedermann sich mit seinen Ausgaben auf die notwendigen Bedürfnisse beschränkt. Aber der Art dieser notwendigen Bedürfnisse ist subjektiv verschieden und für die bestgestellten und sozial gehobenen Teile der Bevölkerung dienen nicht wenige Gegenstände, die lediglich im Interesse einer progressiven Ausgestaltung der Steuer vorbelastet sind, einem Bedürfnis, dessen Befriedigung für sie keinen übermäßigen Aufwand, sondern eine auch aus allgemeinen kulturellen Gründen beträchtliche Einkommensverwendung bedeutet.“

Das ist das Doppelgesicht der bürgerlichen Steuerpolitik. Man kann der Arbeiterklasse nicht zeigen, daß bei den Vätern dieses Gesetzes kein Verständnis für ihre Lebenslage, für ihre kulturellen Bedürfnisse vorhanden ist, daß sie ausgebeutet werden sollen, bis sie ins äußerste Elend versinken und kaum ihre notwendigsten Bedürfnisse, weit unter dem Existenzminimum, befriedigen können.

Wie soll der Arbeiter sparen, was soll er entbehren?

Darauf gibt die lange Liste der Gegenstände Auskunft, die mit dem erhöhten Steuerfuß, der sogenannten Aufwandsteuer, belegt werden sollen. Die Frage, was ist Luxus, wird von dieser Liste tödlich beantwortet. Nur einige Beispiele: Aluminiumgeschirr, bemaltes Steingut und Steingut und einfaches Porzellan ist Luxus und verfällt der erhöhten Steuer. Frei bleibt nur für die gewöhnliche Steuer, grobes ungefarbtes Steingut und Steingut, Suppenlöffel und Kopfschmerzmittel, die Kutschpostkarte und das Bild zur Ausschmückung der Wohnung, die Tapete, die nicht gerade frisch ist, die Mundharmonika und die Vante, das Kleidungsstück aus Halbseide oder aus Wolle, der Kamm aus Schildpattimitation, der Spazierstock, der nicht gerade ein grober Knüttel ist — alles Luxus. Die Möbel, die nicht aus roh zusammengehefteten Holz- oder Kleberholz bestehen und Verzierungen zeigen, die Fensterscheibe und der Spiegel, wenn sie größer sind als 0,75 Quadratmeter, Eben usw. — alles Luxus. Die Unterscheidung zwischen Luxus und notwendigen Bedarfsartikeln geht ins Lächerliche. Ein Kinderwagen fällt unter den gewöhnlichen Steuerfuß — ist er aber weiß lackiert, so fällt er unter die Luxussteuer. In vielen Fällen wird die Unterscheidung von Waren unter die Luxussteuer mit dem einfachen Satz begründet, daß der Preis ohnehin schon so hoch sei, daß es gar nicht darauf ankäme, wie er noch erhöht wird. Der Geist dieser Luxussteuer spricht deutlich aus folgendem Satz der Begründung:

„Hierunter würde man Gegenstände zu verstehen haben, die ohne zu den Bekleidungs- oder Wohnungsgegenständen zu gehören, einem praktischen Gebrauch dienen, in einem räumlichen

Näheverhältnis zu ihrem Besitzer stehen und die in einfacheren Haushaltungen nicht vorhanden zu sein pflegen. Dierher sind z. B. zu zählen Bücher, Stiefelspanner, Lederbügel, Kutschschlitten etc.“

Der Kleiderbügel als Ding, das nicht in einfachen Haushaltungen gebräuchlich ist, und dessen Gebrauch sich der Arbeiter abgewöhnen muß! Diese sogenannte Luxussteuer läßt klar erkennen, bis zu welchem Maße des Elends die Arbeiterschaft durch die Umsatzsteuer heruntergedrückt werden soll. Der Druck und der Schand soll für sie übrig bleiben. Für die Arbeiter das Elend und die Entbehrung — für die besitzenden Klassen Kultur und Lebensfreude.

Abwälzungsmöglichkeiten?

In der Begründung zum Umsatzsteuergesetz heißt es: „Das Grundprinzip der Umsatzsteuer ist das der Überwälzung der Steuer auf den letzten Verbraucher — wobei dahingestellt bleibt, wie weit dieser wieder sich von der Belastung durch Erhöhung seiner Einkünfte befreit. Nur wenn man unterstellt, daß die Abwälzung in aller Regel gelingt, ist der Gedanke der Umsatzsteuer haltbar.“

Damit wird einem jeden von der Steuer direkt oder indirekt Betroffenen der gute Rat gegeben, sich von der Steuerlast zu befreien, indem er sie einem anderen aufhakt. Das ist ein sehr menschlich-kreislauflicher Rat, aber an einem muß die Steuer schließlich hängen bleiben. Hier aber verstrickt sich die Begründung des Steuergesetzes in einen unheilbaren Widerspruch. In den angeführten Sätzen wird gefordert, daß die Steuer nur haltbar sei, wenn letzten Endes der Verbraucher sie trage. Am Anfang der Begründung aber wird erklärt, daß ja schließlich der Arbeiter sie abwälzen könne auf den Unternehmer. Es heißt da in sich selbst widerspruchsvoll genug:

„Es trifft auch gar nicht zu, daß mit einer Belastung des Verbrauchers die minderbemittelten Kreise besonders hart betroffen würden. Gerade die Arbeiter haben, wie sich die Verhältnisse entwickelt haben, so großen politischen und wirtschaftlichen Einfluß, daß sie in ihren Löhnen und ihren sonstigen Existenzbedingungen den vollen Ausgleich für die Belastung ihres Verbrauches finden werden. Ihre gesteigerte verantwortliche Mitwirkung an Deutschlands Entwicklung muß sie zu der Erkenntnis reif gemacht haben, daß dieser vermehrten Nachstellung auch die ernste Pflicht entspricht, dem Staat zu geben, was er für sein Wirken bedarf.“

Ist es wirklich so, daß die Arbeiterschaft mit Bewußtsein ihr Einkommen der Preissteigerung anpassen kann? Die Lohn- und Preispolitik lehrt mit eindringlicher Deutlichkeit, daß die Löhne immer noch hinter den Preisen zurückgeblieben sind. Von jener Politik der Abwälzung, von der die Begründung redet, ist keine Rede. Die Preissteigerung infolge der Umsatzsteuer wird unmittelbar einlegen — die Kämpfe der Arbeiter um die Behauptung ihrer Lebenshaltung und die Anpassung ihres Einkommens an die gestiegenen Preise erfordern Zeit, und während dessen empfindet sie den vollen Druck des Elends. In Zeiten steigender Preise ist es für die Arbeiterschaft überaus schwierig, Angriffsbereitschaft zu führen, die zum vollen Erfolg führen. Bei allem gesteigerten Machtbewußtsein der Arbeiterklasse ist der Ausweg dieser rein wirtschaftlichen Kämpfe ungewiß, da sie nur zu leicht zu politischen Kämpfen werden können, bei denen die ganze Gewalt des bürgerlichen Staates gegen die kämpfenden Arbeiterkategorien eingesetzt wird. Der Wille der Gesetzgeber ist es nicht, daß die Arbeiter diese Steuer abwälzen sollen. Der Sinn jener pathetischen Worte, daß der Arbeiter die ernste Pflicht habe, dem Staat zu geben, was des Staates ist, ist nur zu deutlich: zahle, spare, verdiene! Warum diese pathetischen Worte nicht gegen das Unternehmertum, gegen die Kapitalisten vor allem, die vom Staate Nutzen ziehen, während der Arbeiter geschädigt wird?

Gleicher Lohn für gleiche Leistung.

Sprunghaft nahm die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen in den Kriegsjahren zu. Am 1. Januar 1917 berichteten 6528 Anwesenheiten mit 8792 507 Mitglieder, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder 4315 519 betrage und damit auf das Doppelte der Zahl vom 1. Januar 1914 gestiegen sei. Anfang 1918 stieg das weibliche Geschlecht mehr als die Hälfte aller Arbeitsträfte. Die Frauen vertrieben damals die schwersten und gefährlichsten Arbeiten. Es gab keine Männerarbeit mit Ausnahme des Schornsteinfegers, die Frauen in jener Zeit nicht geleistet hätten. Auch bei schwerer Arbeit vorbrachten sehr viele Frauen dasselbe wie die Männer. In den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1914 bis 1918 wird wiederholt der außerordentliche persönliche Mut der Arbeiterinnen bei den höchsten Lebensjahre verbundener Arbeiten in der Sprengstoffindustrie rühmend anerkannt. Auch in dieser Hinsicht standen die Arbeiterinnen den Männern nicht nach.

War es da nicht selbstverständlich, daß man ihnen für gleiche Leistung auch den gleichen Lohn zahlte wie den Männern? Kein gerecht denkender Mensch wird dies bestreiten. Trotzdem geschah das Selbstverständliche — nirgends. Von sachverständiger Seite ist festgestellt worden, daß in keinem Gewerbebezirk der Frauenlohn auch nur den niedrigen Männerlohn erreichte. Zum Teil betrug er noch nicht die Hälfte des Männerlohnes.

Hat die unter Mitwirkung von sogenannten Sozialisten regierte Republik an dieser ungeschicklichen Benachteiligung der arbeitenden Frau etwas geändert? Hat sie auch nur den kleinsten bescheidensten Versuch gemacht, dem Kapitalismus zur Anerkennung dieser Forderung der einfachsten Gerechtigkeit zu zwingen? Ist die Regierung in den Melde- und Staatsbüchern hinsichtlich der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Leistung mit guten Beispiel vorangegangen, wie dies z. B. kürzlich das kleine Dänemark getan hat?

Nein und abermals nein! Welche hat sie diese standhafte Ungleichheit ausdrücklich anerkannt, indem sie die Unterstellungen für die weiblichen Arbeitsträger um nahezu die Hälfte niedriger setzte als die der Männer. Schon diese Tatsache müßte jede arbeitende Frau veranlassen, bei der kommenden Reichstagswahl keine der bürgerlichen Parteien zu unterstützen, die eine Verewigung dieses unbilligen Zustandes wünschen, damit der Unternehmer jeder Zeit in der Lage ist, die willkürliche und billiger Arbeitsträger der Frau gegen die des Mannes auszuspielen, sie zur unwillkürlichen Schmutzkonturrenz und Vordrückerei zu machen. Als die jehne Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sich noch Sozialdemokratie Arbeitgemeinschaft nannte, brachte sie 1916 im Reichstag einen Antrag auf Gewährung des gleichen Lohnes für männliche und weibliche Arbeiter bei gleicher Leistung ein. Der Antrag wurde abgelehnt. Also keine Stimme einem bürgerlichen, ihr arbeitenden Frauen!

Aber auch keine Stimme einem Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, deren Führung im Kampfe gegen den Ausbeuter Kapitalismus bisher so kläglich versagte!

Nur die U. S. P. D., die im Vorhinein gegen das heute noch übermächtige Kapital keine Rücksicht kennt, sicher der Frau die volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten zu, in erster Linie den gleichen Lohn für gleiche Leistung.

Vertreterinnen. Führt die Macht der U. S. P. D., indem ihr bei der kommenden Wahl eure Stimme abgibt für die Liste der U. S. P. D.!

Die Partei des Fortschritts.

Das deutschnationale Charakterbild wäre nicht vollständig, wenn es nicht durch den Zug der Unrechtheit vollendet würde. Diese Partei, die nur Erfolg haben kann bei denen, deren Gedächtnis nicht über den nächsten Tag reicht, mag es nicht, offen mit ihren Zielen vor die Wähler zu treten. Am 18. April hat sie noch ein Programm veröffentlicht, in dem u. a. das folgende Bekenntnis enthalten war:

Monarchie.

Die monarchistische Staatsform entspricht der Eigenart und geschichtlichen Entwicklung Deutschlands. Neben den Parteien stehend, vertritt die Monarchie am stärksten die Einheit eines Volkes, den Schutz der Minderheit, die Stetigkeit der Staatsverhältnisse und die Unbestechlichkeit der öffentlichen Wahlen. Die deutschen Einzelstaaten sollen freie Entwicklung ihrer Staatsform haben. Für das Reich erstreben wir die Errichtung des von den Hohenzollern auferlegten deutschen Kaiserreiches.

Das war am 18. April. Inzwischen hat die Partei sich besonnen, daß sie mit diesem offenen Bekenntnis zur Monarchie, deren Schuld am Kriegsausbruch, deren unheilvolle Wirkungen in den Jahren des Krieges und in dem jetzigen unsagbaren Elend, das dem Reiche entspringt, selbst dem blindesten Kraft vor Augen treten, kein großes politisches Geschäft zu machen ist. Am 1. Mai erschien ein neuer Wahlausruf der Deutschnationalen Volkspartei, in dem man

„Ein Wort von der Wiederherstellung der Monarchie findet. Das ist der Pessimismus der Deutschnationalen. Das ist ihr „Vertrauen“ in die Werbekraft ihres wirklichen Zieles! Sie denken, Wähler zu fangen durch die Verschleiierung ihrer wahren Absichten und sprechen sich damit selbst das Urteil in den Augen aller ehrlichen Leute!“

Die Belastung der Arbeiterschaft.

Der Versuch, das kapitalistische System zu verewigen auf Kosten der Arbeiterschaft, führt zur Verelendung der Arbeiter. Die Gewinnsucht der bürgerlichen Klassen treibt die Preise der notwendigsten Nahrungsmittel in die Höhe. Die indirekten Steuern, geschaffen von bürgerlichen Parteien und Reichssozialisten, vergrößert die Preissteigerung und gibt dem Bürgerium die Möglichkeit von Extraprofiten auf Kosten der Arbeiter. Ungeheuer ist die Belastung der Arbeiter. Hier ein Beispiel: Ein Arbeiter, der eine Familie von 10 Köpfen zu ernähren hat, teilt folgende Gegenüberstellung der Preise der rationierten Lebensmittel für eine Woche im März und im Mai mit. Wie haben berechnet, wieviel an Steuern in den Preisen von Mai liegt. Hier die Zahlen:

| | März 1920 | Mai 1920 | Umsatzsteuer |
|-------------------------------|------------|------------|--------------|
| 30 Pfund Brot | 26.13 Mt. | 44.46 Mt. | 4.01 Mt. |
| 50 Pfund Kartoffeln | 15.00 " | 16.00 " | 1.00 " |
| 1480 Gramm Butter | 26.00 " | 58.40 " | 5.13 " |
| 10 Pfund Hafersoden | 8.40 " | 47.50 " | 4.32 " |
| 5 Pfund Marmelade | 18.50 " | 33.50 " | 3.05 " |
| 1 Zentner Birketto | 9.00 " | 16.00 " | 1.16 " |
| | 103.03 Mt. | 217.86 Mt. | 19.45 Mt. |

110.88 Mt. pro Woche mehr für Lebensmittel, 19.45 Mt. Steuer auf die notwendigsten Lebensmittel pro Woche! Das verbaut die Arbeiterschaft den bürgerlichen Parteien und den Reichssozialisten und ihrer Steuer- und Wirtschaftspolitik!

Aus der Summizelle des Militarismus.

Über den hellen Wahnsinn unseres Militarismus während des Krieges, den jetzt die reaktionären Parteien zu neuen Ehren verhelfen wollen, fällt für seinen engeren Wirkungsbereich der hiesig kompetente preussische General Liman von Sanders, der Verteidiger der Dardanellen, folgendes Schlußurteil in seinem soeben erschienenen Buche: „Krieg Jahre Türkei“:

„Auf militärischem Gebiete waren die deutschen Erwartungen der türkischen Bevölkerung weit überspannt und daher unumgänglich! Die Türkei sollte nicht nur die Meerengen verewigen, ihre eigenen Grenzen auf ungeheuren Entfernungen schützen, sondern sie sollte Ägypten erobern, Persien unabhängig machen, in Transkaukasien die Schaffung selbständiger Staaten vorbereiten, womöglich in der Folge durch Afghanistan Indien bedrohen, und schließlich auch noch auf europäischen Kriegsschauplätzen aktive Hilfe leisten! Auf die Türkei unter ihrer damaligen militärischen Leitung entfällt die volle Verantwortlichkeit, daß sie nicht verstanden hat, ihre Ziele mit ihren materiellen Mitteln in Einklang zu bringen. Auf Deutschland entfällt der Vorwurf, daß dort die fähige und kluge sachliche Beurteilung gefehlt hat, was die Türkei mit ihren Nachmitteln zu leisten imstande war.“

Es scheint, daß die Gedanken an die Märchen von Tausend und einer Nacht oder an die Entspiegelungen der arabischen Märkte das scharf abwägende Urteil in der Heimat getrübt haben.“

Gines Kommentars zu diesem Urteil eines „vom Bau“ bedarf es nicht.

Die Verdienste der Deutschen „Volks“-partei — um den Vederwucher!

Deutsch-volksparteiliche Abgeordnete gehen bei den Unternehmern um die Wahlkosten schnorren. Das ist nichts Verwunderliches, da die Herren ja in der Tat nichts weiter als treue Vertreter der Unternehmerinteressen sind. So hat sich der Syndikus des Verbandes der deutschen Spiritus-Unternehmer, Dr. Reumann, an seinen Klientenkreis mit der Bitte gewandt, 100.000

Darf anzubringen, damit er hier an erster Stelle für die Deutsche Volkspartei in Berlin kandidieren kann. Die Frage der Kandidatur ist nämlich, wie der Herr offen schreibt, „in erster Linie eine Geldfrage!“

Noch interessanter ist indes der Schnorrbrief eines anderen deutsch-volksparteilichen Abgeordneten und Kandidaten, des Herrn Dr. Hugo. In einem vertraulichen Rundschreiben, das er als Geschäftsführer des Verbandes deutscher Ledergröndler an die Mitglieder dieser Unternehmerorganisation richtete, erklärt er auch um Finanzierung seiner Wahlkandidatur unter Hinweis auf seine besonderen Verdienste um die Aufhebung der Zwangsindustrie für Leder. Es ist bekannt, welche schamlose Wucher seit dieser unglückseligen Maßnahme mit dem Leder getrieben wird und welche ungeheuren Summen die Ledergröndler auf Kosten der Gesamtheit verdient haben. Man steht, wenn man liest, die sogenannte „Volks“partei vertritt und aus welchen Quellen die Fonds zu ihrer Wahlkandidatur kommen. Das deutsche Volk, das unerschwingliche Preise für Schuhe und Socken bezahlen muß, weiß nun Bescheid: Die Deutsche Volkspartei ist der Schuttpatron der Lederwucherer.

Die Deutsche Volkspartei tilgt sich — im Stillen, versteht sich — ihrer großen Verdienste um den Lederwucher!

Sie verdient gewiß eine Belohnung am 6. Juni!

Ist die Revolution schuld?

Wie anders deutsche nationale Urteile über die Revolution unter dem unmittelbaren Eindruck des militärischen Vorkriegs gesungen haben, als heute, da der Revolution von dieser Seite so ziemlich alles in die Schuhe geschoben wird, was es an materiellem und moralischem Elend in Deutschland gibt, beweisen folgende alte Proklamationen:

Polabowatz in der Post: 8. November 1918:
Es wäre eine Uebertreibung, zu behaupten, daß all das politische, wirtschaftliche und sittliche Elend, unter dem unser Volk leidet, eine Folge der Revolution sei. Die Urtat der Revolution liegt in der kräftigen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes als Folge eines 4 1/2-jährigen Krieges, der uns überanfrengt und unsrer Widerstandsfähigkeit geschwächt hat.
Deutsche Tageszeitung: 9. November 1918:
Wir dürfen nicht vergessen, daß die heutigen Verhältnisse durch einen langen Krieg hervorgerufen sind, und daß keine Regierung imstande ist, die Verhältnisse so zu gestalten, daß sie nach jedermanns Geschmack sind.

Die Löhne müssen erniedrigt werden!

So schreien jetzt die Unternehmer und ihre Nachfolger aus dem Mittelstand, weil die wahnwitzigen Preise zu einer Inflationskatastrophe geführt haben. Wo der Hebel anzusetzen wäre, zeigt die folgende Zusammenstellung der Verdienste der Unternehmer. So zahlten an Dividenden:

| | 1919 | 1918 |
|--|-----------------------------------|---------|
| Paradiesbettenfabrik W. Steiner u. Sohn (neben 10 Proz. Bonus) | 20 Proz. | 6 Proz. |
| Deutsche Wasser- und Munitionsfabriken | 30 | 30 |
| Deutsche Vacuum Öl u. G., Hamburg | 20 | 20 |
| Tüllfabrik F. J. G. Chemnitz | 20 | 16 |
| Schiffswerft Joh. C. Tetzlaff | 18 | 18 |
| U. G. für Kordwaren und Kinderwagenfabrik | 22 | 12 |
| Dampfessel und Gasometerfabrik W. G. Braun | 28 | 9 |
| Schweig, auf Stammaktien | 14 | 12 |
| Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning (Reingewinn) | 24 217 861 M. gegen 14 355 603 M. | |
| Farbwerke vorm. Fr. Bayer u. Co. (Reingewinn) | 18 | 12 |
| U. G. für Anilinfabrikation (Reingewinn) | 29 077 840 M. gegen 15 088 180 M. | |
| U. G. für Anilinfabrikation | 18 | 12 |
| Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin | 8 | 6 |
| Bereinigtes Smyrna-Teppich-Fabrikanten U. G. | 12 | 4 |
| Höchster Farbwerke | 14 | 12 |

Freigeiger ist die Norddeutsche Wollkammerei und Kamagaraspinnerei in Bremen. Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, plant diese Gesellschaft außer einer Dividende von 12 Prozent die Ausschüttung von 11 1/2 Millionen Mark. Das ist nicht weniger als die Hälfte des Aktienkapitals, die den Aktionären in der Form zugewendet wird, daß auf jede Aktie ein Genußschein von 500 M. ausgegeben werden soll, der prozentual gleichen Anteil am Gewinn hat. Auf jede 1000-M.-Aktie also 120 M. Dividende und einen Genußschein über 500 M., der an den künftigen Geschäftserträgen teilnimmt.

In diesen Gewinnorgien zeigt sich die schamlose Ausbeutung der Not des Volkes.

Die politische Polizei im „Freistaat“ Sachsen.

Eine der ersten Taten der Revolution war, die politische Polizei anzuschaffen. Und das bedeutete besonders in Sachsen außerordentlich viel, da diese Jahreshälfte die Arbeiterkassen nicht nur auf genaueste überwacht, sondern auch den Parteigenossen zu unangenehmen Gefängnisstrafen verurteilt hatte. Der Fortschritt der Revolution wurde indes von der „sozialistischen“ Regierung Sachsens sehr schnell wieder beseitigt. Unter dem 22. April 1919 hat der Minister des Innern, Ullig, ein Schreiben an die Polizeibehörden gerichtet, worin sie verpflichtet werden, die Aufgaben der alten politischen Polizei auf neue zu erfüllen. Das Schreiben lautet:

Dresden, 22. April 1919.
Die Polizeibehörden werden hierdurch angewiesen, allen Veröffentlichungen und Erzeugnissen der Presse, die den Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Begründung der Neuregierung anstreben, oder den Belagerungszustand bekämpfen, nach wie vor schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden. In allen Fällen, die Veranlassung zu strafrechtlicher Verfolgung bieten, ist diese einzuleiten. Dort, wo es die tatsächlichen Machtverhältnisse gestatten, sind derartige Kundgebungen zu unterbinden.

Im anderen Falle ist unter Befolgung der beanstandeten Veröffentlichungen scharfster Bericht an den zuständigen Militärbehörden, sowie an das Ministerium des Innern, Ullig.

Also nicht nur, daß der Belagerungszustand fast die ganze Zeit über Sachsen verhängt war, die rechtssozialistische Regierung hat auch noch die Polizei hinter den Proletariatshergehet und die alte veraltete Einrichtung der politischen Polizei aufleben lassen! Die Wende von der Neuregierung ist nur Vorwand, um den eigentlichen Zweck zu verheimlichen.

Bei der letzten Wahl mügen alle Arbeiter dieses Streikes bedenken und den Parteien, die eine solche Regierung gestützt haben, den verdienten Denkzettel geben.

Das Werk der Freiheit und Gerechtigkeit.

Auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit soll die Verfassung des neuen Deutschlands ruhen, so verkündeten in Weimar ihre Schöpfer. Diese hochtönenden Reden haben sich als viel Wind und Schwindel herausgestellt. Da die bürgerlichen Parteien und auch die Rechtssozialisten sich in diesem Wahlkampf mit dem Wucherverbänden trüsten, so ist es notwendig, einige seiner Wesenszüge aufzuzeichnen.

Wenn die Verfassung nicht hinter dem Hütle zurückbleiben sollen, was die Novemberrevolution 1918 an alten Anhängen beileidet und an neuen bereits geschaffen hatte, dann hätte sie in politischer Beziehung die vollendete Demokratie und in wirtschaftlicher den Reiz des Sozialismus bringen müssen; dann hätte sie der notleidenden Umwälzung den Stempel aufdrücken müssen. Statt dessen ist ein Werk zustande gekommen, mit dem die bürgerlichen Klassen ihre Ausbeutungsgeellschaft aufrechterhalten und gegen die Arbeiter schützen können.

Der Schöpfer des ersten Entwurfs ist ein deutscher „Liberaler“ Professor Herr Preuß. Aber schon der Staatsanwaltschaft, die reaktionäre Fortsetzung des alten Bundesrates letzten Angebendens hat den Entwurf verhandelt. Er hat das in ihm zur Ausführung getretene Bestreben, ein einheitliches Reich zu schaffen, verworfen. Dann aber ist der Entwurf noch Bruten in die Hände gefallen, die ihn noch vollständig so verhandelt haben, daß von dem ursprünglichen Preussischen Produkt nicht allzuviel mehr übrig blieb. In dem von der Nationalversammlung einberufenen Verfassungskonvention haben die Reaktionskräfte, die nachrichtelhaft unter dem wilhelminischen Regiment die Fäden der Gewaltvoll waren: Debraud, Spahn, Gröbe, Professor Kahl und Dr. Thüringer, um nur diese zu nennen, wurde der Entwurf im Reichsratsausschuß schon rückwärts rückwärts, so haben die Reaktionskräfte ihr Möglichstes getan, aus ihm ein Machlinstrument gegen die Arbeiter zu schaffen. Bei den Beratungen in den Vorkommnissen der Nationalversammlung setzte sich der „laßende Gegenstand“ zwischen der alten Ulvoerschen Verfassung und der neuen sozialistischen. Das zustande kam, war das Werk der Reaktion. In den drei Viertel Jahren, seit die Verfassung in Kraft ist, hat das arbeitende Volk Deutschlands nunmehr Velleinheit gehabt, an jenen, welches Werk von Freiheit und Gerechtigkeit in Weimar geschaffen worden ist. Schon der zweite Satz des ersten Paragraphen ist eine grobe Unwahrheit: er lautet: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ In Wirklichkeit hat das Volk keine Gewalt, sondern der Präsident und die Regierung haben sie und lassen sie gegen das Volk aus, ganz wie im alten wilhelminischen Reich. Alle Versuche die von der Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie im Ausschuss wie in der Volksversammlung der Nationalversammlung unternommen wurden, um die Staatsmacht wirklich in die Hand des Volkes selbst zu legen, scheiterten an dem verschlossenen Widerstand aller übrigen Parteien.

Genosse Cohn hatte im Ausschuss beantragt, daß der Reichstag auf den das Volk — um den Sammelbegriff einmal anzuwenden — doch nur einen unmittelbaren Einfluß hat, zum Mittelpunkt aller Verwaltungsvorgängen zu machen ist und die Regierung zu verpflichten sei, ihm alle Akten vorzulegen. Diese Selbstverständlichkeit in einem demokratischen Staatswesen wurde aufs bestmögliche von den sogenannten Demokraten bekämpft. Der Reichsminister Preuß sagte unter dem Schein die Sache ins Gegenteil zu verkehren; aus dem parlamentarischen Rechtsstaate die Willkürherrschaft eines Konvents zu machen.“ Dem liberalen Rechtsprofessor Preuß schrieben sich die Daare bei dem Gedanken, daß der Reichstag die Oberaufsicht über die Verwaltung und über die Rechtsprechung haben soll. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, so meinte er, würde damit beseitigt und das Revolutionstribunal als dauernde Einrichtung des Rechtsstaates erklärt. Im Ausschuss wie im Plenum wurde der Cohnsche Antrag gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt.

Mit gleicher Heftigkeit wie den obigen Antrag bekämpfte die reaktionäre Nationalversammlung die Schaffung einer einheitlichen Republik. Die Bundesstaatsverfassung bleibt daher in wenig veränderter Gestalt weiter bestehen. Welche verhängnisvolle Rolle einzelne Bundesstaaten bei der bisherigen Gegenrevolution spielen, das zeigt besonders Bayern. Durch die Verfassung hat das Volk weder die politische Macht noch die Reichsmacht bekommen. Mit vollen Segeln ging es auf die Schaffung einer Staatsform und Verwaltung, die der wilhelminischen verleiht ähnlich steht. Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie hatte beantragt, die Paragraphen, die die Schaffung einer Reichspräsidentenschaft und die Übertragung der Reichsgewalt auf sie vorsahen, zu streichen. Der Antrag wurde die großen Gegensätze zwischen wirklicher und Scheindemokratie zutage. In einer Demokratie, wo das Volk selbst die Gewalt hat, ist die Regierung nur Verwaltungsvorgang. Diesem Ziel stemmten sich die bürgerlichen Parteien mit aller Macht entgegen, wobei sie von den Rechtssozialisten unterstützt wurden. Man wollte eine Scheindemokratie, um die wirkliche Macht in die Hände von Personen zu legen, die man in der Hand hat. Der Präsident muß zwar den Eid leisten, daß er des Volkes Wohl will, aber dies ist nichts als eine Redensart, wie wir sie schon von Wilhelm Zeiten her gewohnt sind, wo die Fürsten und Staatsmänner auch nur immer auf „des Volkes Wohl“ bedacht waren. Die Staatsgewalt ist zu einem großen Teil in die Hand des Präsidenten übergegangen. Er vertritt nach der Verfassung das Reich völkerrechtlich. Er schließt im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Er beauftragt und empfängt die Gesandten. Der einzige Unterschied zur früheren Verfassung ist, daß der Reichstag ausjü-

men hat. Nicht das Parlament ist der Ausdruck des Volkswillens und schließt die Verträge, vertritt der Reich, bei die politische Macht aus, sondern eine einzelne Person.

Der Reichspräsident ernennet und entläßt die Reichsbeamten und die Offiziere. Er hat auch den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches. Damit ist der größte Teil der politischen Macht in die Hand eines einzelnen Menschen gelegt.

Der Reichsminister und auf seine Vorschläge die Minister werden vom Reichspräsidenten ernannt. Sie bedürfen zwar des Vertrauens des Reichstages, und müssen zurücktreten, wenn sie das Vertrauen nicht mehr haben, aber ihre Ernennung selber geschieht doch durch den Reichspräsidenten.

Eine Bestimmung, die auch ausbleibt, als wäre sie ein Schutz gegen die Willkür des Präsidenten und seiner Regierungsmänner ist die, daß der Reichstag den Präsidenten und die Regierung vor einem Staatsgerichtshof anklagen kann.

„Der Dank des Vaterlands ist euch gewiß.“

Unser Parteiprogramm in Köln erhält eine Zuschrift vom Erwerbslosen-Vorkämpferverband Köln, aus dem wir folgendes wiedergeben:

„Der Kriegsbeschädigte Anton Brad, wohnhaft Köln-Ehrenfeld, Vogelsangerstr. 277, hat sich vor einiger Zeit erhängt.“

Die Ermittlungen bei seinen Eltern haben ergeben, daß Brad, nachdem er aus dem Lazarett als Schwerverwundeter entlassen worden war, sich vergebens bei der Kriegsbeschädigten-Versicherung, Sternengasse 5, um Arbeit bemühte, daß er immer mit dem Bemerkten abgewiesen wurde, daß noch 18 vor ihm vorgemerkt seien. Er suchte selbst und bekam mit großer Mühe endlich bei der Firma Jul. Birk Metallgießerei, Köln-Ehrenfeld, Vogelsangerstraße, Arbeit mit 1,20 M. Stundenlohn; nach öfterem Vorsprechen gab man ihm 1,50 M. und einige Wochen darauf 2 M. Stundenlohn. Die andern Arbeiter traten in eine Lohnbewegung und erhielten Lohnaufschläge, die Brad aber mit dem Hinweis auf seine Kriegsbeschädigung verweigert wurde, obwohl er nicht weniger als die andern Arbeiter leisten mußte. Brad ging das zu Herzen, daß er als früherer Beschädigter des Vaterlandes zurückgestellt wurde. Seine Eltern suchten ihm Trost zu und meinten, er solle sich, wenn ihm die Arbeit zu schwer sei, am Hilfsverein in der Sternengasse betreffend Unterstützung melden, was er aber mit dem Bemerkten ablehnte, daß er kein Bettler sein wolle.

Der Vizepräsident von Bickendorf verweigerte die Anteilnahme an der Verlobung und verweigerte auch die Beibehaltung der „Exequien“ mit der dramatischen Erinnerung, sie sollen aufhören sein, daß sie eine harte Wunde befeuern.“

So nehmen sich die Vorgesetzten der herrschenden Gesellschaft, die um ihrer imperialistischen Profite willen die Proletarier aller Welt aufeinander hetzte, in der Wirklichkeit an.

Betrüger.

Als sich die Rechtssozialisten im März dieses Jahres als neue Regierung der Freiheit, der Ordnung und der Gerechtigkeit etabliert hatten, kündigten sie in ihrem Programm, um die Bauern einzulassen, auch die sofortige Aufhebung der Zwangsindustrie an. Das war eigentlich eine Selbstverleumdung, denn die Gesamtgenossen der Kapp und Schiele, die deutschnationalen und deutschen Volksparteiler, hatten in ihrer Agitation ja immer diese Forderung aufgestellt. Sie erleben sie auch jetzt wieder. Sie können das tun, weil sie ja durch die Abneigung der Arbeiterkassen, die der Kapp'schen Regierungsherrschaft schon nach fünf Tagen ein Ende machte, der Mühe entwich, die aus aktuarischen Gründen erhabene Forderung in die Praxis umzusetzen. Daß die Forderung nach sofortiger Aufhebung der Zwangsindustrie nur eine aktuarische Fiktion ist, beweist am besten die folgende Darstellung, die der Frankfurter Zeitung von der Geschäftsstelle des Deutschen Bauernbundes gegeben wurde. Sie lautet:

„Am Montag, dem 15. März — also am dritten Tage der Kapp-Regierung — fand unter dem Vorherrschen von Exzellenz von Braun eine Sitzung des Reichsausschusses der Landwirtschaft statt, in der über die Zwangsindustrie, insbesondere über die Kartoffelversorgung, verhandelt wurde.“

Der Direktor des Bundes, v. Boedike, wies darauf hin, daß auch der Landbund bisher in der Agitation die Aufhebung der Zwangsindustrie gefordert habe, daß aber heute, wo es sich um eine praktische Mitarbeit handle, der Landbund für die Aufhebung der Zwangsindustrie nicht einzutreten könne. Man müsse doch berücksichtigen, daß Agitation und Tat ganz verschiedene Sachen seien.“ Exzellenz v. Braun stimmte diesen Ausführungen bei und teilte mit, daß er in dieser Frage vorläufig keine Verbindungen mit dem in Aussicht genommenen Reichslandwirtschaftsminister Dr. Schiele und dem Landwirtschaftsminister Freilich von Wangenheim gehabt habe, die ebenfalls gegen eine Aufhebung der Zwangsindustrie bei Kartoffeln seien. An der Arbeit seien auch diese Herren die sofortige Aufhebung der Zwangsindustrie gewesen: wenn sie aber heute die Verantwortung übernehmen wollten, so wäre das doch eine andre Sache.“

„Agitation und Tat sind ganz verschiedene Sachen.“ In die sem Satz zeigt sich die ganze Verlogenheit und Demagogie der von den deutschnationalen und ihren Gesamtgenossen betriebenen Agitation. An dem Augenblick, da sie ihre Forderung in die Tat umsetzen wollten, mußten sie selbst zugeben, daß sie unüberwindlich ist. Selbst diese Geschicklichkeit, die gewissenlos genug war, das deutsche Volk in den unwiderrlichen Krieg zu führen und es durch ihren Staatsstreik zum zweiten Male ins Unheil zu führen, konnte die Verantwortung für die von ihr in der Agitation geforderte Aufhebung der Zwangsindustrie nicht übernehmen. Eine bewährte verbale Agitationstechnik bedeutet einen klatten Verrat der dadurch betrogenen Landwirte und des ganzen Volkes. Das müssen sich alle Wähler und Wählerinnen merken, damit sie den deutschnationalen Betrügern am 6. Juni die nichtbrechende Antwort geben.

Qazarellinsassen sind wahlberechtigt.

Es ist die Frage entstanden, ob Angehörige des alten Heeres, die sich infolge von Verletzungen oder Krankheit noch in Qazarellbehandlung befinden, wahlberechtigt sind oder unter die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes fallen, nach denen Soldaten, solange sie dem Heere angehörend, nicht an der Wahl teilnehmen dürfen. Nach Rücksprache mit den zuständigen Stellen stellen wir fest, daß die Soldaten des alten Heeres ausnahmslos wahlberechtigt sind, sofern sie nicht etwa zur Reichswehr übergegangen. Von dem Wahlrecht sind nur ausgeschloffen die Angehörigen der Reichswehr. Schon auf Grund des Friedensvertrages können Angehörige des alten Heeres nicht mehr als Soldaten gelten. Sie sind zumest auch entlassen oder die ermöglichte Entlassung ist in die Wege geleitet. Nebenfalls haben sie Anspruch darauf, in die Wählerliste des Ortes aufgenommen zu werden, in dem sie sich befinden.

Die Wahlzeitung soll ein Flugblatt an die Nichtleser der Leipziger Volkszeitung sein! Verbreitet sie nach Kräften. Gebt sie weiter!

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Neben von William Makepeace Thackeray.

Jeder Mann leiste so vollkommenes Vertrauen in den Anführer... Der Mann leiste so vollkommenes Vertrauen in den Anführer...

Frau O'Dowd sagte, daß ihre Schwester sich vor keinem Menschen in der Welt fürchte... Frau O'Dowd sagte, daß ihre Schwester sich vor keinem Menschen in der Welt fürchte...

Da unser Freund, der Engländer, nun hüßlich vor dem Feinde stand... Da unser Freund, der Engländer, nun hüßlich vor dem Feinde stand...

Auf dieser Reise, die seitdem fast jeder Engländer aus der Mittelklasse gemacht hat... Auf dieser Reise, die seitdem fast jeder Engländer aus der Mittelklasse gemacht hat...

„Irland ausgenommen, wo all ihr bestes Fleisch herkommt... „Irland ausgenommen, wo all ihr bestes Fleisch herkommt...

Diesjährigen, die gern die Geschichtsbücher hinlegen, und sich ausdenken, was in der Welt geschehen sein könnte... Diesjährigen, die gern die Geschichtsbücher hinlegen, und sich ausdenken, was in der Welt geschehen sein könnte...

einander, daß sie die Meere, die Napoleon besetzt hatten, bald gegeneinander aufgestellt haben würden... einander, daß sie die Meere, die Napoleon besetzt hatten, bald gegeneinander aufgestellt haben würden...

(Kortkruha folgt.)

Die garstige Valuta.

Von Fritz Hampel.

Die Valuta ist ein Laubstich: Sie klettert bald hoch, bald tief... Die Valuta ist ein Laubstich: Sie klettert bald hoch, bald tief...

Der dem Krieges konnten wir — d. h. die unwissende, lächerlich unvorsichtige Cessant — das Gespenst Valuta nicht... Der dem Krieges konnten wir — d. h. die unwissende, lächerlich unvorsichtige Cessant — das Gespenst Valuta nicht...

Was half es? Wie ein unartiger Säugling wollte er wieder gehoben und gekuppelt sein... Was half es? Wie ein unartiger Säugling wollte er wieder gehoben und gekuppelt sein...

Der Einfluß der beschämend niedrigen Valuta erstreckte sich jetzt auch auf die Preise für Anlandsgüter... Der Einfluß der beschämend niedrigen Valuta erstreckte sich jetzt auch auf die Preise für Anlandsgüter...

„Pöbel! — nach einer kleinen, leichten Verbenugung vor dem Tapp-Prüf — begann die Valuta ihre Mittelklasse... „Pöbel! — nach einer kleinen, leichten Verbenugung vor dem Tapp-Prüf — begann die Valuta ihre Mittelklasse...

Gerührt und dankbar schauten wir auf zu ihr... Gerührt und dankbar schauten wir auf zu ihr...

Auf Preisbewegung auf dem Federmarkt... Auf Preisbewegung auf dem Federmarkt...

Da haben wir's! O, wir... Da haben wir's! O, wir...

Das müßte du noch nicht? C. du hunder Vester!... Das müßte du noch nicht? C. du hunder Vester!...

Mag Seligert.

Vm Montag starb Professor Mag Seligert... Vm Montag starb Professor Mag Seligert...

„Ich grüße dich, Jugend! In diesen traurigen Tagen bist du eine Freude und eine Hoffnung... „Ich grüße dich, Jugend! In diesen traurigen Tagen bist du eine Freude und eine Hoffnung...

leinem Sessel hochrichtete und mit vor Erregung bebender Stimme ausrief: „Ja — ja! Ich habe oft revolutionäre Gedanken... leinem Sessel hochrichtete und mit vor Erregung bebender Stimme ausrief: „Ja — ja! Ich habe oft revolutionäre Gedanken...

Einmal wird der revolutionäre Gedanke alles hinwegfegen, was alt und verstaubt ist... Einmal wird der revolutionäre Gedanke alles hinwegfegen, was alt und verstaubt ist...

Kleine Chronik.

Conrad Ansojnes Chopin-Abend fand denn doch ein volles Haus, wie es der beiden Meister würdig ist... Conrad Ansojnes Chopin-Abend fand denn doch ein volles Haus, wie es der beiden Meister würdig ist...

Einsparungen in den hiesigen Theatern sollen das mehrere Millionen betragende Defizit verringern... Einsparungen in den hiesigen Theatern sollen das mehrere Millionen betragende Defizit verringern...

Städtische Theater. Für die angekündigten 9 Aufführungen von Richard Wagners Bühnenfestspiel Parsifal... Städtische Theater. Für die angekündigten 9 Aufführungen von Richard Wagners Bühnenfestspiel Parsifal...

Arbeiterbildungsinstitut. Papa Kleiner's Puppenspiele neben morgen, Donnerstag, zwei Vorstellungen im... Arbeiterbildungsinstitut. Papa Kleiner's Puppenspiele neben morgen, Donnerstag, zwei Vorstellungen im...

Religiöse Puppenspiele. „Ein Tag in Sorrent“ trifft sich das große mechanische Kunstwerk... Religiöse Puppenspiele. „Ein Tag in Sorrent“ trifft sich das große mechanische Kunstwerk...

Eingelautete Schriften.

Ferdinand Passale. Gesammelte Reden und Schriften... Ferdinand Passale. Gesammelte Reden und Schriften...

Bruno Frei. Gespräch über das Glück... Bruno Frei. Gespräch über das Glück...

W. G. Dellerling. Der Umsturz 1918 in Baden... W. G. Dellerling. Der Umsturz 1918 in Baden...

Der Vater Euerbach. Leben. Viele Aufsätze... Der Vater Euerbach. Leben. Viele Aufsätze...

May Seligert. Grundzüge der Verfassung im Kultur- und Bildungsstaat... May Seligert. Grundzüge der Verfassung im Kultur- und Bildungsstaat...

May Seligert. Grundzüge der Verfassung im Kultur- und Bildungsstaat... May Seligert. Grundzüge der Verfassung im Kultur- und Bildungsstaat...

